

Wir in Sachsen:

Mit eigener Kraft

**Programm für eine
sozialdemokratische
Regierung**

C 94 - 02037



SPD

Herausgeber:
SPD Landesverband Sachsen
Wittenberger Straße 72
01309 Dresden

Verantwortlich:
Lutz Kätzel, Landesgeschäftsführer

Die sächsische SPD legt hiermit ihr „Regierungsprogramm“ für die Jahre 1994 bis 1999 vor.

Sie bewirbt sich mit diesem Programm um die Regierungsverantwortung im Freistaat Sachsen.

Es enthält Maßnahmen und Projekte, die der weiterhin schwierigen Umbausituation des Landes, seiner Gesellschaft und Wirtschaft gerecht werden.

Das Programm macht Aussagen, wie Sozialdemokraten die nächsten fünf Jahre gestalten wollen, mit mehr Verantwortung der Bürger und mehr Begleitung sowie Engagement des Freistaates selbst, seiner Regierung und seiner Administration.

Die sozialdemokratischen Vorschläge zielen auf mehr Gerechtigkeit für Sachsen und deren Leistungen und Bedürfnisse in allen Lebens-, Handlungs- und Politikfeldern ab, eine Gerechtigkeit, die in den zurückliegenden fünf Jahren seit 1989 schwer gelitten hat.

Die dargestellten Maßnahmen und Projekte zeichnen sich durch Konkretheit, Finanzierbarkeit und Realisierbarkeit aus. Sie sind somit auf ihre Verbindlichkeit und Wahrhaftigkeit geprüft.

Das Programm beschreibt in elf Kapiteln unsere Analyse und Ausgangsposition, unseren Weg und unsere politischen Ziele und Projekte.

Wir wollen mit ihm Mut machen, Sachsen motivieren, sich auf ihre Stärken zu besinnen, selbst initiativ zu werden, mit Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung den Umbau des Landes mitzugestalten.



Karl-Heinz Kunckel
Vorsitzender der SPD in Sachsen



C 94 - 02037

Inhalt

Wir in Sachsen: Mut zur Wahrheit – Kraft zum Kurswechsel

Auf die eigene Stärke besinnen	5
Die Lage des Landes nüchtern analysieren	6
Transfers auf den richtigen Weg bringen	7
Vertrauen gewinnen und den modernen Staat gestalten	8
Wir in Sachsen brauchen keinen König	10

Menschen und ihre Kreativität: Motor einer intelligenten Wirtschaftspolitik

250.000 neue Arbeitsplätze in der Produktion schaffen	12
Treuhandbetriebe selbst sanieren und privatisieren	12
Das Land an System-Anbietern beteiligen	13
Betrieben in Not helfen	13
Gemeinschaftsinitiativen in den Regionen starten	14
Treuhand-Immobilien für wirtschaftliche Entwicklung sichern	15
Forschung und Technologie mit Vorrang fördern	15
Ökologische Innovation anstreben	16
Gründung von jungen Unternehmen begleiten	16
Kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe unterstützen	17
Sächsische Aufträge in Sachsen halten	17

Kraftakt auf Zeit schafft Werte für Generationen: 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze für den Aufbau des Landes

Arbeitsmarktförderung neu orientieren	20
Breite Qualifizierungsoffensive starten	20

Infrastrukturfonds für privates Kapital öffnen	21
Ökologische Schäden jetzt beheben	21

Bildung ist der Rohstoff Nr. 1: Startchance für unsere Kinder, Zukunft für unser Leben

Gleiche Bildungschancen für alle schaffen	22
Lehrern Möglichkeiten der Fortbildung anbieten	23
Berufliche Ausbildung in Sachsen verbessern	23
Vorteile unserer Hochschulen ausbauen	24
Hochschulforschung ausbauen und vernetzen	25
BAföG gerechter gestalten	26
Lebenslanges Lernen beginnen	26

Ein starkes Stück Menschenwürde: Bezahlbare Wohnungen und soziale Gerechtigkeit

Wohnen als soziales Gut bewahren	27
Älteren Menschen ein selbst- bestimmtes Leben ermöglichen	29
Die Lage von Behinderten erleichtern	30
Defizite der Sozialhilfe beheben	30
Beschäftigungshilfen für sozial benachteiligte Gruppen ausbauen	31
Prävention und Gesundheits- förderung stärken	31
Ambulante medizinische Strukturen entwickeln	31
Situation der Krankenhäuser verbessern	32
Psychiatrische Versorgung qualifizieren	32

**Sicherheit ist Bürgerrecht:
Schutz für die Menschen,
Vertrauen in den demo-
kratischen Staat** 34

Kriminalität wirkungsvoll bekämpfen	34
Polizei stufenweise um 2.000 Beamte verstärken	35
Den Rechtsstaat pflegen	35
Den personellen Neuaufbau fortsetzen	36
Den Strafvollzug normalisieren	36
Hilfefonds für Opfer gründen	36
Moderne Verwaltung schaffen	37

**Kulturland Sachsen:
Wahrung der Werte
und Förderung von
Freiräumen** 38

Neue Strukturen entwickeln	38
Kommunale und freie Initiativen unterstützen	39
Breiten- und Soziokultur ausbauen	39
Die Arbeit von Künstlern fördern	39
Ausbildung auf hohem Niveau weiterentwickeln	40
Neue Projekte wagen	40
Vielfalt und Freiheit in den Medien garantieren	41

**Verantwortung für die
natürlichen Lebensgrund-
lagen: Ökologische
Weichenstellung für
Verkehr, Energie- und
Landwirtschaft** 42

Ver- und Entsorgung neu strukturieren	42
Abfallvermeidung durchsetzen	43
Verantwortlichkeiten zusammenfassen	43
Die Natur schützen	44
Der Schiene Vorrang vor der Straße einräumen	44
Die Energieversorgung optimieren	45
Die Zukunft des ländlichen Raumes sichern	46
Fördermittel gezielt einsetzen	47
Tourismus weiter fördern	47

**Unsere Chance
mitten in Europa:
Wir bauen Brücken über
die Grenzen hinweg** 48

Durch Integration neue Möglichkeiten eröffnen	48
Sachsen, Böhmen und Schlesien gemeinsam entwickeln	48
Abgestimmte Strategie für den Wirtschaftsraum erarbeiten	49

**Sorgsamer Umgang
mit dem Geld der Bürger:
Solide Haushaltsführung
für die Entwicklung des
Freistaates** 51

Die Mittel auf das Wesentliche konzentrieren	51
Intelligente Finanzierungen erschließen	52
Umverteilung von Finanzmitteln neu definieren	52

**Sachsens Stärke,
Sachsens Zukunft:
Perspektiven für Frauen,
junge Menschen und
Familien** 53

Den Frauen bessere Chancen eröffnen	53
Junge Familien stärken	54
Kindertagesstätten mit guter Qualität flächendeckend zur Verfügung stellen	54
Die Jugend durch attraktive Angebote an Sachsen binden	55
Den Sport in Sachsen konsequent fördern	55

Wir in Sachsen: Mut zur Wahrheit – Kraft zum Kurswechsel

Wir in Sachsen haben uns im Herbst 1989 mit der Selbstbefreiung von Diktatur und Planwirtschaft die Grundlagen für Freiheit und Demokratie selbst erkämpft. Stauend haben wir erlebt, welche Macht der geballte Volkswille besitzt. Die Kraft der Straße hat uns Stück für Stück Selbstvertrauen gegeben, hat uns mitgerissen und stark gemacht. Es war die Stunde, unsere Geschicke endlich selbst in die Hand zu nehmen und uns aus der Bevormundung zu befreien. Nie wieder wollen wir in Diktatur zurück, nie wieder wollen wir in Entfremdung und unter Überwachung leben.

Durch eigene Arbeit wollen wir für uns und unsere Familien ein Leben in Zufriedenheit und Sicherheit gestalten und unseren Kindern eine Perspektive geben. Dabei sind wir voller Ungeduld. Vieles wünschten wir uns schneller. Vieles gerechter.

Inzwischen haben alle erkannt und erlebt, daß es Irrglaube war, zu hoffen, die Kraft der westdeutschen Wirtschaft könne ausreichen, für 16 Millionen ehemalige DDR-Bürger aus einem abgewirtschafteten System in zwei Jahren eine blühende Landschaft zu machen.

Wir haben erkannt, **Auf die eigenen Stärken besinnen** daß sich Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft nicht auf dem Papier verordnen, mit Milliarden-Transfers von heute auf morgen realisieren lassen, sondern daß wir in Sachsen unser Schicksal selbst in die Hände nehmen müssen. Wir brauchen wieder konstruktiven Geist und Selbstbewußtsein, die Kraft, endlich selbst anzupacken, um unsere Hoffnungen wahr zu machen. Wir brauchen dazu den politischen Kurswechsel im Land.

Wir, die wir 1989 noch in produzierenden Betrieben arbeiteten, wußten, wie marode und modernisierungsbedürftig sie waren. Wir, die wir weniger als eine Mark pro Quadratmeter Wohnfläche bezahlten und Wasser und Energie großzügig verbrauchten, wußten,

daß dies so nicht weitergehen konnte. Wir haben die Notwendigkeiten vieler Veränderungen, die auf uns zukamen, geahnt. Wir mußten uns selbst verändern. Und wir wollen verändern. Daß wir in Sachsen dazu in der Lage sind, auch dafür gibt es Beispiele.

Dort, wo Aufträge und Produktionen nicht in den Westen transferiert werden konnten, haben wir unsere Chancen in Handwerk, Gewerbe und Dienstleistungen sowie in der Landwirtschaft genutzt. Dort zeigen Handwerker, Gewerbetreibende, Dienstleister, Landwirte etc. in Zusammenarbeit mit ihren Arbeitnehmern, daß sie ihren sächsischen Unternehmergeist gewinnbringend einsetzen können. Sie demonstrieren dies trotz der im Vergleich zu ihren westdeutschen Konkurrenten äußerst beschränkten finanziellen Grundlagen. Sie beweisen, daß die Sachsen genügend Disziplin, Kraft und Durchhaltevermögen in die „neue Gesellschaft“ einbringen. Diese Stärken müssen wir fördern und ausbauen.

Die Chance, unsere sächsische produzierende Industrie als Kern unserer Zukunft zu erhalten und mit ihr unser dichtes, qualifiziertes Netz industrienaher Forschung, Hochschulbildung und Berufsausbildung – diese Chance ist uns nicht eingeräumt worden. Es ist uns bis heute unter tatkräftiger Mithilfe der sächsischen Staatsregierung und der sie tragenden CDU verwehrt worden, die industrielle Wirtschaftsbasis als sächsische zu erhalten.

Dies hat bei Facharbeitern, Angestellten, Ingenieuren, Forschern und auch Geschäftsführern zum Gefühl der Entmündigung geführt.

Diese Situation wollen wir Sozialdemokraten durchbrechen. Integration heißt für uns Akzeptanz unserer sächsischen Köpfe, Kraft, Erfahrung und Fähigkeiten; Integration heißt mindestens gleiche materielle Chancen bei der Gründung und dem Aufbau eines sächsischen produzierenden Mittelstandes. Dies

bedeutet Arbeit, soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und politische Glaubwürdigkeit.

Um zielstrebig anzupacken, müssen wir die Lage des Landes nüchtern analysieren – ohne Schönfärberei und mit dem Mut, uns auch bitteren Wahrheiten zu stellen. Die industrielle Produktionsbasis in Sachsen ist weitgehend zerstört. Von 1,2 Millionen Arbeitsplätzen in Güter erzeugenden und verarbeitenden Betrieben im Herbst 1989 werden im September 1994 etwa 170.000, noch knapp 14% des ehemaligen Bestandes, übrig sein. Eine ganze Generation leistungsfähiger und -williger Frauen und Männer im Alter von über 50 Jahren sind mit ihren dringend notwendigen Erfahrungen in den Vor- und Unruhestand geschickt worden.

Von 30.000 industrienahen Forschern sind 2.500 geblieben. Das betriebsorientierte Ausbildungssystem ist schwer angeschlagen.

Von der Entindustrialisierung sind einige Regionen Sachsens besonders betroffen: die Lausitz, das Erzgebirge und der Industrieraum Chemnitz-Zwickau-Glauchau. Hier konnte nicht wie im Leipziger und Dresdner Großraum ein Teil der entstandenen Arbeitsplatzverluste durch neue Beschäftigung in Handel, Handwerk, Gewerbe, Bauindustrie und Dienstleistung kompensiert werden. Ohne massive materielle Unterstützung beim Wiederaufbau hochwertiger, produzierender Betriebe und Dienstleistungsunternehmen im Rahmen von realisierbaren Regionalkonzepten droht diesen Landesteilen der weitere Abstieg. Auch die sichtbare Erneuerung, der Aufbruch und die Dynamik im Großraum Leipzig-Halle oder im Elbtal mit Dresden als Kultur-, Verwaltungs- und Entwicklungszentrum sind gefährdet, wenn in den genannten Regionen keine neue industrielle Wertschöpfungsbasis entsteht. Sie erst sichert mittelfristig

Die Lage des Landes nüchtern analysieren

die neu geschaffenen Arbeitsplätze in den genannten Wirtschaftszweigen. Allein die Bauindustrie boomt. So wichtig dieser Trend für die Arbeitsplätze in diesem Bereich ist, er ist mit Transfer-Milliarden finanziert, nicht aus eigener Kraft erwirtschaftet.

Was wir brauchen ist der selbsttragende Aufschwung, eine eigene industrielle Produktion, die uns Steuereinkommen sichert.

Seit 1989 haben unser Land ungefähr 400.000 meist jüngere Sachsen verlassen. Im Moment werden nur halbsoviel Kinder geboren wie 1989.

Zwei Drittel aller Arbeitslosen sind Frauen. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind gering. Mütter werden zurück an den Herd gezwungen. Alleinerziehende sind überproportional auf Sozialhilfe angewiesen. Unsere Frauen haben anderes gewollt und Besseres verdient. Sie bezahlen mit dem Verlust an persönlichen Chancen und Möglichkeiten in hohem Maße den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau.

Über 200.000 Sachsen pendeln zur Arbeit nach Westdeutschland, 900.000 suchen einen sicheren Arbeitsplatz. Dies ist eine erdrückende Belastung für die ökonomische Existenz von über einer Million Bürgern unseres Landes und deren Familien.

In den Jahren seit Einführung der D-Mark im Juli 1990 sind unsere Mieten nebst Mietnebenkosten um mehr als 700% gestiegen. Westliche Lebenshaltungskosten bei ostdeutschen Gehältern werfen Probleme auf und schaffen Unsicherheit. Die weit über 400.000 Restitutionsansprüche vorwiegend westdeutscher Söhne, Töchter und Enkel ehemaliger Großeltern und Eltern aus Sachsen, irritieren und belasten diejenigen, die jetzt in den Wohnungen leben.

Selbst die Menschen, die ihr Haus- und Wohneigentum mühsam durch die DDR-Zeit hinweg bewohnbar

gehalten haben, wissen nicht, wie sie bei explodierenden Kosten und Gebühren, etwa für Abwasseranschlüsse, das notwendige Geld aufbringen können. Und in dieser Situation soll man unsanierte oder auch modernisierte Plattenbauwohnungen bei eigener Arbeitsplatzunsicherheit kaufen, wie es die jetzige Regierung wünscht und vorschreibt.

Unsicherheit auch angesichts steigender Kriminalität! Obwohl die sächsische Kriminalitätsrate, d.h. die Zahl der kriminellen Delikte auf 1.000 Einwohner, immer noch niedriger ist als die vergleichbarer westdeutscher Flächenländer, muß die wachsende Angst unserer Bevölkerung sehr ernst genommen werden. Wir müssen uns wieder sicherer fühlen können in unserem mittelbaren Lebensumfeld.

Negativschlagzeilen gibt es, rund um die Wirtschaft, tagtäglich genug. Es mußte so kommen. Denn die Regie-

renden in Bonn und Dresden haben alten Wein in neue Schläuche gefüllt. Sie setzten auf ein verbrauchtes politisches Konzept. Die freien Kräfte des Marktes sollten alles richten.

Transfers auf den richtigen Weg bringen

Dabei registrieren wir nach gut vier Jahren Marktwirtschaft Ost nur

- einen immensen Vermögens- und Eigentumstransfer von Osten nach Westen durch Einführung der westdeutschen Rechtsordnung und des ihr zugrunde liegenden Prinzips Rückgabe vor Entschädigung;
- einen Transfer unserer Arbeit nach Westen durch Übernahme der Versorgung unseres ostdeutschen, sächsischen Binnenmarktes, unserer vormaligen „Westmärkte“ und vielleicht in der Zukunft unserer angestammten „Ostmärkte“;

- einen Geld- und Subventions-transfer in einer Größenordnung von mehr als 150 Mrd. DM jährlich von West nach Ost, überwiegend zur Finanzierung der Existenzgrundlagen von nicht Erwerbsfähigen und arbeitslos gewordenen Menschen sowie zur Finanzierung von Bürokratien;
- einen Aufbau gewaltiger Schuldenbelastungen der Gemeinden und Länder im Osten, in zunehmendem Maße auch der privaten Unternehmen und Haushalte.

Wir erleben den Verkauf unseres vorhandenen sächsischen Produktiv- und Immobilienvermögens an kapitalkräftige westdeutsche Erwerber. Gleichzeitig werden die Erwerbs- und Entwicklungschancen sächsischer Unternehmer, Investoren und Gründer systematisch niedrig gehalten. Die Eigentumsbildung im Osten als Voraussetzung eines selbstbestimmten Entwicklungs- und Aufbauprozesses ist vielen verwehrt.

Unsere Hauptidee, die Versorgung unserer eigenen Bevölkerung und Industrie mit Verbrauchs- und Industriegütern sowie Dienstleistungen, ist von der Bundesregierung und der ihr unterstehenden Treuhandanstalt in vier Jahren an hauptsächlich westdeutsche Unternehmen transferiert worden. Damit ist auch das entsprechende Arbeitsvolumen in den Westen gewandert.

Von einer Mark, die der Freistaat Sachsen 1994 ausgibt, stammen nur knapp 25 Pfennige aus eigenem Steueraufkommen, also in Sachsen verdientem Geld. 20 Pfennige pumpt der Staat auf dem Kapitalmarkt, 55 Pfennige erhält er als Transferleistung vom Bund, von den westdeutschen Bundesländern und Gemeinden sowie von der Europäischen Union.

So wachsen unsere öffentlichen und privaten Schulden kontinuierlich in Größenordnungen, die Investitionen zur Schaffung einer gesunden Produktionsbasis immer mehr einschränken. Das darf nicht so weitergehen.

Wir Sozialdemokraten wollen, daß die Landesregierung Sachsens mehr Verantwortung, mehr Steuerung im Interesse ihrer Bürger übernimmt und so ihrer Fürsorgepflicht besser nachkommt.

Vertrauen gewinnen und den modernen Staat gestalten

Wir wollen in der Regierung Sorge dafür tragen,

- daß die von 1989 bis 1994 entstandene Benachteiligung ganzer Regionen und der industriellen Arbeitnehmerschaft in Sachsen gestoppt wird;
- daß Kapital- und Eigentumsbildung in sächsischer Hand vorangetrieben werden;
- daß produzierende Arbeitsplätze in sächsischer Hand bleiben oder von Sachsen zukunftssicher gegründet und stabilisiert werden können.

Dazu wird sich der Freistaat selbst finanziell anders als bisher beteiligen, direkte und indirekte Verantwortung z.B. in Unternehmen mit übernehmen müssen.

Wir wollen Sorge dafür tragen,

- daß sächsische Erfahrungen und Wissensbestände mehr als bisher in die Entwicklung und Installierung staatlicher Konzepte, Programme und Maßnahmen einfließen;
- daß sächsische Führungskräfte gleichberechtigt und in angemessener Zahl in leitenden Positionen der öffentlichen Verwaltung vertreten sind.

Der Freistaat muß seine diesbezügliche Zurückhaltung aufgeben. Er darf sich nicht wie bisher auf die Verwirklichung bayerischer und baden-württembergischer Handlungsmuster konzentrieren. Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird mit eigenen Ideen und Konzepten offensiv handeln, den sächsischen Interessen und eigenständigen Initiativen Freiraum, finanzielle Ressourcen und Handlungsrahmen eröffnen.

Dies gilt in ganz besonderer Weise auch für die enge Zusammenarbeit mit den Organisationen, Verbänden und Interessengruppen, die schon jetzt Partner bei der Entwicklung wichtiger politischer Felder sind. Die Gewerkschaften, die Kirchen, die Verbände und Bürgerinitiativen müssen und werden wichtige Verbündete für Sozialdemokraten bei der Umsetzung ihrer Programme und Projekte in der Regierung sein.

Die künftige Landesregierung Sachsens hat ab Oktober 1994 zwei große Aufgaben:

- über Initiativen im Bundesrat und im Bundestag die Weichen für einen chancengleichen Aufbau in Sachsen zu stellen;
- über Programme und Projekte im Landtag und in der Staatsregierung die hausgemachten Fehler in Sachsen selbst zu reparieren und die als falsch erkannten bzw. unvollständigen Maßnahmen durch bessere zu ersetzen und zu ergänzen.

Die Probleme in Sachsen sind nicht zufällig und schicksalhaft entstanden. Sie lassen sich vielmehr als Summe der sozialistischen Mißwirtschaft der SED-Diktatur und der verfehlten Politik seit 1990 identifizieren. Es hieße, eine zweite Lüge nach 1990 in die Welt setzen, wollten die sächsischen Sozialdemokraten versprechen, alles in den nächsten zwei Jahren reparieren zu können.

Wir Sozialdemokraten sagen, daß man von heute an gerechnet eher 10 Jahre benötigt, um eine wirklich gesunde wirtschaftliche Basis zu schaffen und zu stabilisieren, die den Menschen Arbeit und ein eigenes Einkommen in ausreichendem Umfang garantiert.

Diese Basis werden wir in Sachsen durch konkrete Programme und Maßnahmen realisieren.

Wir werden

- die sächsischen Unternehmer und Betriebsgründer fördern;
- auf die eigene Kraft der Sachsen und ihre Köpfe setzen;
- die Rückbesinnung auf die eigene Erfahrung und Kreativität propagieren.

Dafür werben wir um das Vertrauen.

Wir Sozialdemokraten legen frühzeitig ein Regierungsprogramm vor, dessen Projekte und Maßnahmen realistisch und wirklich finanzierbar sind. Dies sehen wir als unverzichtbares Element von Wahrhaftigkeit und Glaubwürdigkeit. Die Umsetzung dieser Programme, Projekte und Konzepte braucht eine effektive Landesverwaltung. Struktur und Qualität der jetzigen Landesadministration weisen jedoch starke Defizite auf. Wir Sozialdemokraten werden in der Regierung die Struktur und Organisation der Landesverwaltung straffen und effektiver gestalten.

Die Umsetzung unseres Regierungsprogrammes braucht aber auch handlungsfähige Gemeinden, die die Initiativen und Angebote der Landesregierung aktiv auf- und annehmen, sie im Rahmen ihrer gestärkten Selbstverwaltung offensiv verwirklichen.

Wir bewerben uns mit diesem Programm darum, vom sächsischen Wähler am 11. September 1994 das Mandat zu erhalten, in Sachsen die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

**Wir in Sachsen
brauchen
keinen König**

Wir rufen alle Sachsen auf, mit uns ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und ihren eigenen Kopf zu gebrauchen. Ihn für die Zukunft unseres Landes wieder einsetzen zu können, die Zukunft mit eigener Kraft zu gestalten, das ist unser gemeinsames Ziel.

Menschen und ihre Kreativität: Motor einer intelligenten Wirtschafts- politik

Die Sozialdemokraten in Sachsen verfolgen das Ziel, die Massenarbeitslosigkeit in Sachsen und die damit einhergehende Armut so schnell wie möglich abzubauen. Dazu ist eine wirkliche Sanierung und Entwicklung der Wirtschaft, ein Mehr an Innovation (Forschung und Entwicklung, Qualifikation) zur Erschließung neuer Märkte notwendig. Wir haben das Ziel, eine differenzierte, eigenständige Qualitätsproduktion in Sachsen aufzubauen. Sachsen kann sich durch technische und ökologische Innovation im härter werdenden und internationalen Konkurrenzkampf der Regionen profilieren. Potentiale und Wissen hierfür sind ausreichend vorhanden.

Damit wollen wir eine eigenständige sächsische Wirtschaftsentwicklung vorantreiben. Dabei wird der Erhalt der industriellen Kerne betont. Aus diesem Verständnis heraus ergibt sich für die sächsische SPD-Wirtschaftspolitik ein umfassender Entwicklungs- und Gestaltungsauftrag. Es gilt, Ansiedlung und Bestandspflege von Unternehmen, Technologie- und Innovationsentwicklung, Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sowie die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur arbeitsplatzwirksam zu verknüpfen.

Wir Sozialdemokraten werden in diesem Sinne eine neue integrierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik betreiben.

Wenn die Bürger im Herbst eine sozialdemokratische Bundesregierung wählen, kann diese Verknüpfung noch erheblich verbessert werden. Eine SPD-Regierung in Bonn kann die gesetzlichen Grundlagen und Instrumente hierfür schaffen und bestehende ausbauen (z.B. durch Schaffung eines Arbeitsförderungs- und Strukturförderungsgesetzes).

Ein solcher Neuanfang ermöglicht uns, die als richtig und notwendig erkannten ökologischen Grundla-

gen und Rahmenbedingungen der Wirtschaft in einem Maße zu berücksichtigen und zur Voraussetzung zu machen, wie sie andernorts nur schwer zu realisieren sind. Zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der sächsischen Wirtschaft in der Produktion, im Handwerk und bei Dienstleistungen brauchen wir eine gesicherte und eigenständige industrielle Basis.

Wir sind uns bewußt, daß bei der Umgestaltung unserer Wirtschaft die Beantwortung der Frage, wie künftig Arbeit verteilt und organisiert wird, eine Schlüsselrolle einnimmt, wobei u.a. Teilzeit- und Gleizeitmodellen eine besondere Bedeutung zukommt.

250.000 neue Arbeitsplätze in der Produktion schaffen

Wir wollen erreichen, daß sich die sächsische Bevölkerung wieder selbst ernährt. Unter Berücksichtigung der gewaltigen Umstrukturierung in der Industrie bedeutet dies die Sanierung von etwa 80.000 der im September 1994 noch bestehenden ca. 170.000 Arbeitsplätze in den Güter erzeugenden und verarbeitenden Betrieben und die Schaffung von 250.000 neuen in den nächsten 10 Jahren. Dies ist angesichts der jetzigen desolaten Ausgangslage eine Aufgabe ohne historisches Vorbild.

Wir Sozialdemokraten haben seit 1991 aus der Opposition heraus immer wieder sehr konkrete Programme zur Sanierung und anschließenden Privatisierung sächsischer Treuhandbetriebe vorgelegt. Unsere Ansätze haben sich auch im Rückblick als richtig erwiesen. Die Verantwortlichen in Bonn, Berlin und Dresden haben stattdessen auf Privatisierung und Liquidation gesetzt.

Treuhandbetriebe selbst sanieren und privatisieren

Ende 1994 werden noch rund 30 Unternehmen im Bundesbesitz verbleiben, weil sich keine „Käufer“ gefunden haben. Davon wird etwa die Hälfte in den sogenannten Management-KG's gehalten, die andere Hälfte von einer Treuhandnachfolgeeinrichtung geführt werden. Bei diesen ca. 30 Betrieben handelt es sich um in jedem Fall „regional bedeutsame“ Unternehmen, die nicht selten die letzten „industriellen Kerne“ ganzer Landkreise und Regionen sind. Alle derzeitigen Pläne sehen vor, die nicht in Management-KG's integrierten Betriebe in eine ostdeutsche Holding einzubringen, die in Bundesbesitz verbleibend eine Finanzierungsholding darstellt.

Wir fordern, daß diese ostdeutsche Holding weiter in Länderholdings, u.a. eine Sächsische Holding, unterteilt und organisiert wird.

■ Diese sächsische Unternehmensholding (als Finanzholding) werden wir Sozialdemokraten überleiten in eine sächsische Managementgesellschaft (SMG).

Der Freistaat wird sich nicht an dieser Finanzholding beteiligen. Sie hat die Aufgabe, die Betriebe mit Finanzen des Bundes zu sanieren und dann zu privatisieren. Dabei stehen wir für ein Höchstmaß an Autonomie des Managements in den jetzigen Geschäfts-

fürungen der Betriebe, allerdings abhängig von dessen nachgewiesener Qualifikation.

Die Sächsische Managementgesellschaft wird keine neue Bürokratie darstellen, sondern im Sinne der Finanzholding auf eine unabhängige Personalausstattung beschränkt bleiben. Ihr wird als rechtlich selbständige Dienstleistungseinrichtung (GmbH) die Beratungsgruppe des gescheiterten ATLAS-Programms der CDU-Regierung zugeordnet werden. Sie steht mit ihren einschlägigen Erfahrungen und Wissensbeständen der Sächsischen Managementgesellschaft und ihren Unternehmen zur Verfügung.

Das Land an System-Anbietern beteiligen

Sozialdemokraten werden immer dann intensiv eine sächsische Staatsbeteiligung prüfen und gegebenenfalls eingehen (über die Sächsische Landesbank), wenn zu privatisierende Unternehmen als Einzelbetrieb oder im Verbund Produkte entwickeln oder verkaufen, die die Basis eines System-Angebotes darstellen.

Dies gilt besonders dann, wenn in ganzheitlichen Konzepten auch das Unternehmensumfeld in den Bereichen Forschung/Entwicklung und berufliche/wissenschaftliche Ausbildung als sächsische Lösung dargestellt werden kann.

Solche industriellen Kooperations- und Verbundprojekte zeichnen sich in folgenden Branchen ab:

- Waggonbau (z.B. über die Privatisierung der Deutschen Waggonbau AG zu einem Systemanbieter „Schiene“);
- Textilmaschinenbau (z.B. Systemangebot „Spinnlinie“);
- Werkzeugmaschinenbau (z.B. Systemangebot Motoren-, Getriebefertigung etc.).

Bevor diese immer noch vorhandenen innovativen „Kerne“ durch Einzelverkauf zu Werkbänken reduziert oder liquidiert werden, muß der Freistaat durch direkte Kapitalbeteiligung das Zukunftsrisiko dieser System-Anbieter auf Zeit mittragen. Eine Erschließung neuer Märkte ist insbesondere in der mittelständischen Industrie häufig über Kooperationen und Verbundlösungen von Unternehmen untereinander und mit Wissenschafts- und Technologie-Transfer-Einrichtungen möglich. Der Dialog von Forschung und Unternehmen kann den jetzigen Einstieg in die „Ära der Systeme“ und damit der System-Anbieter maßgeblich mitgestalten. Die SPD fordert hierzu ein Programm für strategische Kooperationen.

Eine nicht unbeträchtliche Zahl privatisierter Betriebe ist „notleidend“ oder gerät aus unterschiedlichen Gründen in eine wirtschaftliche Schieflage. Mangelhafte Kapitalausstattung, übernommene Altschulden, fehlerhafte Kaufpreisermittlungen, konjunkturelle Defizite, Managementfehler etc., die Einzelfaktoren oder die Konstellation verschiedener Probleme gefährden z.Z. und in den nächsten Jahren immer wieder reprivatisierte oder privatisierte Betriebe (insbesondere Management-buy-out-Unternehmen).

Betrieben in Not helfen

Um sie in Notsituationen unter Heranziehung des Beratungspools der sächsischen Managementgesellschaft effektiv, unbürokratisch und schnell unterstützen zu können, werden wir

■ einen Feuerwehrfonds einrichten, der ausreichend finanziell ausgestattet sein wird, um notleidende Betriebe mit hochwertigen Produkten und Märkten rechtzeitig unterstützen zu können.

Gemeinschaftsinitiative in den Regionen starten

Sozialdemokraten werden endlich ernst machen mit der Entwicklung und Umsetzung von Regionalkonzepten zur Initiierung industrieller Arbeitsplätze vor Ort.

Hierzu werden wir eine GEMEINSCHAFTSINITIATIVE FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT – IN-GWA – ins Leben rufen, die in den Regionen aktiv werden soll.

Dezentral vor Ort werden gleichberechtigt Vertreter der Wirtschaft (Arbeitgeber), der Gewerkschaften (Arbeitnehmer) und der öffentlichen Hand (Landkreis, Gemeinden, Städte etc.) und ihrer Einrichtungen (z.B. Technologiezentren, Universitäten etc.)

■ in regionalen Standort- und Strukturentwicklungsgesellschaften (RSG)

im Dialog wirtschaftliche Strategien für die Regionen entwickeln.

Die Strategien sollen dabei u.a. auch die regional vorhandenen Forschungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktressourcen integrieren.

Dieser Dialog wird nicht eine Fortsetzung der unzähligen Gespräche und runden Tische sein, die mehr oder minder erfolglos in den vergangenen Jahren eingerichtet wurden.

Vielmehr werden die regionalen Standort- und Strukturentwicklungsgesellschaften mit Handlungskompetenzen ausgestattet.

Sie erhalten

- Verfügungsgewalt über Flächen, die die Gesellschaften entwickeln und vermarkten lassen;
- einen Fonds, aus dem sie Anschubfinanzierungen vor Ort bereitstellen können;
- bevorzugten Zugang zu Landesprogrammen etwa der Wirtschaftsförderung, der Lohnkostenzuschüsse gemäß § 249 h des Arbeitsförderungsgesetzes, etc.

Bereits 1995 werden fünf solcher regionalen Standort- und Strukturentwicklungsgesellschaften als Modellversuche installiert und mit den notwendigen Mitteln ausgestattet werden.

Ihre Größe und Reichweite wird sich an den jeweiligen regionalen Bedürfnissen und Bedingungen entscheiden.

Träger der Gemeinschaftsinitiative für Wirtschaft und Arbeit ist das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit. Zur besseren Ausrichtung seiner Abteilungen und Referate bildet der Minister einen Koordinierungsstab, der ihm unmittelbar zuarbeitet.

Er hat zudem Sorge dafür zu tragen, daß die Regionalkonzepte angemessen aufeinander abgestimmt werden, die Sozial- und Umweltverträglichkeit der Regionalkonzepte geprüft werden, so daß die Maßnahmen konstruktiv und ohne störende Konflikte und widersprüchliche Parallelarbeiten realisiert werden.

Treuhand- Immobilien für Wirtschafts- entwicklung sichern

Wir halten die sich abzeichnende Konzeption für falsch, alle nicht mehr durch Betriebe genutzten Treuhandimmobilien nach Verkehrswertbetrachtungen durch bundeseigene bzw. private Treuhandliegenschaftsgesellschaften an kapitalkräftige Investoren oder Spekulanten vermarkten zu lassen. Es besteht bei Verfolgung dieses Konzeptes die Gefahr, daß der Vermögenstransfer von Ost nach West seinen Höhepunkt und Abschluß durch neue Immobilien-Bürokratien findet, die unkontrollierbar sind.

Die offensichtlich zunehmend gehorteten Immobilien- und Industriebrachenreserven müssen stattdessen in einer ähnlichen Rechts- und Verfahrenskonstruktion wie die vormals von der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte genutzten Liegenschaften unter transparenter Kontrolle des Freistaates zu angemessenen Preisen der Gewerbe- und Stadtentwicklung sächsischer Gemeinden zugänglich gemacht werden.

Hierauf werden Sozialdemokraten in Bonn dringen und dazu flankierend im Freistaat selbst die entsprechenden Vorkehrungen treffen.

Forschung und Technologie mit Vorrang fördern

Sachsen war nicht nur ein Industrieland, sondern auch das Land mit der europaweit höchsten Dichte an wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die ungewohnt industriennah tätig waren. Das Potential an Forschern, Ingenieuren, Einrichtungen etc. ist „noch“ vorhanden, angesichts der rasanten Technologieentwicklung jedoch stark gefährdet und in keiner Weise ausgelastet.

Wir Sozialdemokraten fordern seit Jahren vergeblich die massive Erhöhung der Landesmittel zur Förderung von Forschung und Technologie.

In Sachsen sind die Voraussetzungen für den Auf- und Ausbau eines

- Systems von Grundlagen-, Anwendungsforschung sowie betrieblicher Produktentwicklung und Markteinführungshilfen

hervorragend und kurzfristig aktivierbar.

Wir werden im Rahmen einer Technologieoffensive der Forschungs- und Technologieförderung Vorrang einräumen und entsprechende Mittel im Etat umschichten und zur Verfügung stellen. Dabei streben wir in Kombination mit anderen internationalen Finanzierungsprogrammen eine moderne Technologielandschaft an, die ihren überragenden regionalen Schwerpunkt im Technologiedreieck Chemnitz-Zwickau-Glauchau haben soll.

Ziel ist es, Forschung und Entwicklung in Betrieben und überregionalen Einrichtungen zu stabilisieren und weiterzuentwickeln sowie die Diversifikationsmöglichkeiten und Patent- und Existenzgründungsaktivitäten zu fördern, um letztlich wettbewerbsfähige hochwertige Produkte zu erzeugen, sich neue Märkte zu erschließen und die Produktions- bzw. Arbeitsbedingungen verbessern zu können. Dazu bedarf es einer breiten und effizienten überbetrieblichen Technologie-Infrastruktur als Netzwerk mit Technologie-Transfer-Stellen, Forschungs-GmbHs, Hochschulen, Fachhochschulen, Instituten und arbeitsorientierten Beratungseinrichtungen (Arbeitsgestaltung, Gesundheits- und Umweltschutz). Unvorengenommen werden wir dabei auch

prüfen, wie die enormen materiellen, zur Zeit teilweise brachliegenden Ressourcen der technischen Fakultäten an den Hochschulen zumindest auf Zeit zusätzlich über gesonderte Förderprogramme wiederzubeleben sind. Hierzu zählt auch ein intelligentes Technologieprogramm für arbeitslose und fachfremd eingesetzte Ingenieure und Wissenschaftler.

Wir akzeptieren mit der erhöhten Technologieförderung auch die Verpflichtung des Freistaates, „Risikokapital“ zur Verfügung zu stellen.

Ökologische Innovation anstreben

Ein Schwerpunkt der Technologieoffensive wird die Förderung ökologischer Innovation sein.

Wir brauchen zum Schutz der natürlichen Grundlagen des Landes und ihrer Menschen, aber auch zur systematischen Erschließung zukunftsorientierter innovativer und marktfähiger Produkte und Technologien den raschen Einstieg in einen schrittweisen ökologischen Umbau der Wirtschaft. Damit einher geht die notwendige Umstrukturierung in Richtung Produkt- und Prozeß-Innovation (Ökologisierung der Produktion).

Mit der ökologischen Innovation erschließt Sachsens Wirtschaft einen expansiven Markt, der ein Abrutschen in Richtung Niedriglohnland verhindern soll. Nach Prognosen des Deutschen Institutes der Wirtschaft eröffnet sich bis zum Jahr 2000 die Chance, in Sachsen ca. 80.000 zusätzliche neue Arbeitsplätze im Öko-Sektor anzusiedeln.

Gründung von jungen Unternehmen begleiten

Ein weiterer Schwerpunkt der Technologieoffensive ist die Einrichtung und Ausstattung von

- Technologie-Zentren für kleine Unternehmen (TZKU).

Hochwertige Technologieprodukte sind in ihrer Anwendung und Vermarktung auf Unternehmer angewiesen. Entsprechend begabte und engagierte Ingenieure haben es in Ostdeutschland immer noch schwer.

Das Konzept der TZKU sieht vor, daß in einem Programm

- Unternehmensschulung und Beratung mit zentralen Dienstleistungsangeboten,
- ständige Messen zur preiswerten Präsentation und Vermarktung von innovativen Produkten und Leistungen,
- technische und räumliche Angebote,
- Daten- und Patentbankrecherchen,
- dezentrale Förderfonds

ohne differenzierte Bürokratie realisiert werden.

Aktiviert und gefördert werden sächsische Technologie-Gründer aller Altersstufen.

Wir brauchen eine Bewegung im Land, eine Wiederbelebung sächsischen Forschungs- und Entwicklungsgeistes, der an alte Traditionen anknüpft.

Kleine Handwerks- und Gewerbebetriebe unterstützen

Die künftige Wirtschafts- und Industriepolitik des Landes hat sich neben der Rettung der letzten „regional bedeutsamen“ Kerne und der Technologieoffensive im Gründerbereich, also der Initiierung von Neugründungen und Aussiedlungen, auf die Stabilisierung der vorhandenen kleinen Unternehmen zu konzentrieren.

Knapp 85% der zur Zeit ca. 150.000 registrierten Unternehmen – von denen etwa 120.000 in der Umsatzsteuerstatistik erfaßt sind – haben einen Jahresumsatz von weniger als 1 Million DM, sind also als kleine Unternehmen zu klassifizieren.

Welche Bedeutung der Stabilisierung des verarbeitenden Gewerbes zukommt, zeigt, daß es mit ca. 30% aller registrierten Unternehmen einen prozentualen Anteil erreicht, der mehr als doppelt so hoch als in den westdeutschen Bundesländern ist (ca. 14%).

Handwerk und kleine Betriebe stehen in den nächsten 2 – 3 Jahren vor einer existentiellen Belastungs- und Bewährungsprobe, wenn für die von ihren Eigentümern aufgenommenen Kredite Zinsen und Tilgungsraten aus dem laufenden Umsatz aufzubringen sind.

Die der Historie geschuldete mangelhafte Eigenkapitalausstattung der sächsischen Betriebe (im Oktober 1993 hatten 66,7% aller Betriebe laut Creditreformuntersuchung einen Eigenkapitalanteil von weniger als 20%, Vergleichswert in Westdeutschland 51,3%) wird, hier insbesondere in der Bauindustrie, noch enorme Liquiditätsprobleme aufwerfen.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb zur Überwindung der Schwierigkeiten, die aus dieser Eigenkapitalschwäche resultieren, insbesondere für kleine produzierende Unternehmen und Handwerksbetriebe

- den zur Verfügung stehenden Bürgschaftsrahmen,
- Liquiditätshilfen über ein entsprechend ausgerichtetes Zinsbezuschungsprogramm,
- Eigenkapitalhilfemöglichkeiten

ausweiten.

Die ostdeutschen Gemeinden und Länder vergeben derzeit jährlich Aufträge im Wert von ca. 50 Mrd. DM. Eine Steuerung und Kontrolle, ob und inwieweit an diesem Auftragskuchen beispielsweise im Freistaat sächsische Unternehmen angemessen und gezielt beteiligt werden, findet zur Zeit nicht statt.

Sächsische Aufträge in Sachsen halten

Wir Sozialdemokraten werden deshalb auf kommunaler und Landesebene die Einrichtung von

- Vergabe-/Beschaffungsausschüssen und -kommissionen

betreiben. Unsere Absicht dabei ist, die Auftragsvergabe der Öffentlichen Hand durchsichtig zu machen und mehr Aufträge an sächsische Betriebe zu vergeben.

Der Verdrängungswettbewerb gegen westdeutsche Konkurrenz auf dem angestammten Binnenmarkt und den westlichen Märkten kostet viel Zeit und Geld. Angesichts der Ausgangslage von 1989 und der rigorosen Verkaufs- und Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt – mit dem Transfer von Betrieben, deren Märkten und Arbeitsvolumen gen

Westdeutschland – haben hier die verbliebenen Unternehmen teilweise bereits Hervorragendes geleistet. Diesem Verdrängungs- und Konkurrenzettbewerb wird auch ihre meiste Kraft gelten. Mittelfristig haben jedoch viele weder die notwendige Zeit, noch das erforderliche Kapital.

Hinzu kommt, daß die westeuropäischen Märkte nicht mehr allzu große Expansionsraten aufweisen werden.

Die künftigen Wachstumsmärkte liegen im Osten, in den Märkten

- unserer unmittelbaren Nachbarn und früheren RGW-Partner Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Rumänien;
- der GUS-Staaten, insbesondere Rußlands, der Ukraine, Kasachstans etc.;
- Chinas, Indiens und des südasiatischen Wirtschafts- und Entwicklungsraumes.

Zu allen diesen Ländern und Märkten hat unsere Industrie traditionell gute Beziehungen. Personen-, Institutions- und Systemkontakte bzw. -kenntnisse stellen immer noch einen Standortvorteil für unsere Betriebe dar.

Hinzu kommt ihr zur Zeit einzigartiges Know-how, das sich aus dem Wissen über System und Verfahren in der sozialistischen Planwirtschaft und der in einer Art crash-Kurs erworbenen Praxis der kapitalistischen Marktwirtschaft zusammensetzt.

Unsere sächsischen Angebote sind der Nachfrage auf den genannten Märkten deshalb immer noch traditionell, konzeptionell und mentalitätsmäßig näher als andere.

Wir Sozialdemokraten haben dies frühzeitig erkannt und immer wieder darauf hingewiesen. Die entsprechenden sächsischen Initiativen gehen deshalb fast alle auf unsere Anregungen und Begleitung zurück.

In Fortsetzung dieser Strategie werden wir in der Regierung ab Herbst 1994 kurzfristig

- die Gründung einer Sächsischen Entwicklungs- und Konversionsgesellschaft – Ost (SEKO) zur Vorbereitung und Installierung von Kooperationsprojekten der sächsischen Industrie mit Unternehmen (auch ehemaligen Rüstungskonzernen) in den GUS-Ländern und Asien vollziehen;
- die vorhandenen Bürgschaftsrahmen für Industrieprojekte in den reichen Republiken Rußlands – Baschkortostan und Tatarstan u.a. – ausschöpfen und ausweiten;
- einen Planungs- und Projektierungsfonds für sächsische Unternehmen einrichten, die Kooperations- und Joint-venture-Projekte vorbereiten (z.B. Machbarkeits-, Marktstudien, Businesspläne etc.);
- einen Bürgschaftsrahmen für gemeinsame chinesisch-sächsische Unternehmen im Maschinen-, Chemieanlagen- und Fahrzeugbau einrichten;
- die Einrichtung eines sächsisch-chinesischen Maschinenbau-Zentrums in China betreiben;
- grenzüberschreitende Industrie-, Technologie- und Ausbildungsprojekte mit Polen und Tschechien fördern;
- den Ausbau der Osthandelsfunktion der Leipziger Messe über den jetzigen Status hinaus weiter entwickeln;
- den zentraleuropäischen Wirtschaftsraum mit Polen, Tschechien und Österreich definieren, strategisch entwickeln und in seiner Brückenfunktion nach Osten wiederbeleben.

Kraftakt auf Zeit schafft Werte für Generationen: 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze für den Aufbau des Landes

Der Umbau unserer Gesellschaft und Wirtschaft wird in den nächsten Jahren weiterhin von einer enormen Umsetzung von Arbeitskräften begleitet sein. Bei weiterhin hoher Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in ganz Sachsen gilt dies vor allem in den von der Umstrukturierung besonders betroffenen Regionen der Lausitz, des Erzgebirges und des Großraumes Chemnitz-Zwickau-Glauchau.

Die Ausgrenzung der Menschen, Armut, Abwanderung sowie Demotivation der Belegschaften müssen verhindert werden.

Die beste Arbeitsmarktpolitik ist immer noch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Aber gleichzeitig gilt weiterhin, daß die Finanzierung von Arbeit allemal produktiver und humaner ist als die Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Deshalb favorisieren wir eine integrierte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen in dieser Situation auch gefördert werden, weil sie die Chance zu neuen Arbeitsverhältnissen ebenso bieten wie die Investitionsstätigkeit von Unternehmen.

Die Arbeitsmarktpolitik hat die Aufgabe, den Umbau und die Modernisierung der sächsischen Wirtschaft zu flankieren, erkennbare Defizite von Arbeitnehmern schnellstmöglichst auszugleichen und insoweit die Entwicklung von Unternehmen im Zuge der Sanierung und Modernisierung zu begleiten.

Die SPD wird hierzu eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben, verknüpft mit beschäftigungsfördernden Maßnahmen der Strukturpolitik, insbesondere im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Wirtschaft und Arbeit und als Impuls für öffentlich geförderte Beschäftigung.

Die Beschäftigungsgesellschaften (ABS) nehmen mit ihrem Potential für Struktur- und Regionalförderung dabei eine besondere Rolle ein. Die bestehenden Arbeits-, Beschäftigungs-

und Strukturentwicklungsgesellschaften müssen für die Dauer des Umstrukturierungsprozesses bei Nachweis ihrer Effektivität in ihrer Planungs- und Handlungsfähigkeit materiell abgesichert werden.

Wir müssen Wege finden, die Zahl der ca. 900.000 Sachsen zu reduzieren, die ausschließlich von Lohnersatzleistungen (Bezieher von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Unterhaltsgeld bei beruflicher Fort- und Weiterbildung, Gehältern in Beschäftigungsmaßnahmen, Lohnkostenzuschüssen, Vorruhestandsgeldern etc.) der Bundesanstalt für Arbeit leben.

Arbeitsmarktpolitik muß in Sachsen berechenbar werden, sie darf nicht länger durch unvorhersehbare Streichaktionen und Versäumnisse der CDU-Regierung gekennzeichnet sein. Betroffene Arbeitslose und Leistungsempfänger, Betriebe und Träger brauchen ein unverzichtbares Maß an Kalkulierbarkeit und Planungssicherheit.

Arbeitsmarktpolitik muß gleichzeitig Frauenförderpolitik sein, denn inzwischen haben in Sachsen weniger als 40% aller Frauen im arbeitsfähigen Alter bezahlte Arbeit. Jede einzelne Maßnahme ist deshalb auf ihre Wirkung für die Beschäftigung, Qualifizierung und Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zu überprüfen und gesondert zu gestalten.

Arbeitsmarktförderung neu orientieren

Wir Sozialdemokraten gehen davon aus, daß mit einem voraussehenden Regierungswechsel in Bonn ab Herbst 1994 das Arbeitsförderungsgesetz eine Reform erfährt. Die Erhaltung bzw. Wiederherstellung von Arbeitsfähigkeit und Qualifikation des einzelnen Bürgers (Bei-

tragszahlers) muß getrennt werden von der staatlichen Arbeitsförderung, die die Entwicklung und Gründung neuer Arbeitsplätze zum Ziel hat. Dies wird nach der Wahl einer SPD-Bundesregierung über ein neues Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) geschehen. Wir werden die Neuregelung der gesetzlich fixierten Arbeitsmarktförderung von Sachsen aus intensiv begleiten und mitbestimmen.

Wir sehen es als realistisch an, eine Beschäftigungsstrategie zu entwickeln und umzusetzen, in der über verschiedene Schritte nach und nach bis zu 500.000 Sachsen, die als arbeitssuchend gemeldet sind, sinnvoll beruflich qualifiziert oder in produktive Beschäftigung integriert werden.

Breite Qualifizierungs-offensive starten

Dies soll geschehen:

- über ein Qualifizierungsprogramm, in dem weiterhin bis zu 200.000 Sachsen beruflich fort- und ausgebildet werden;
- über ein Arbeitsbeschaffungsprogramm (ABM) für jährlich 100.000 Sachsen, für das der Freistaat Sachsen im Rahmen der verstärkten Förderung den 50%-igen Anteil an den anfallenden Sachkosten aufbringt und einen Fonds für diejenigen Träger einrichtet, die nachweislich den geforderten Eigenanteil an den Personalkosten nicht voll aufbringen können;
- über ein werteschaftendes Infrastruktur-Investitionsprogramm (WIP), das bei gezielter Ausschreibung die Beschäftigung von 200.000 Sachsen erlaubt, die berechtigt sind, Lohnkostenzuschüsse gemäß § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes in Anspruch zu nehmen.

Infrastrukturfonds für privates Kapital öffnen

Dieses wertschaffende Investitionsprogramm soll über die Einrichtung von Infrastrukturfonds ermöglicht werden.

Abweichend von den jetzigen Zuschuß- und Subventionsverfahren der öffentlichen Haushalte wird der Freistaat Sachsen sich an der Kapitalausstattung von Infrastrukturfonds beteiligen, die die Sanierung und den Bau von Infrastruktureinrichtungen zum Ziel haben.

Diese Fonds stehen privatem Kapital unterschiedlichster Art offen.

Gibt der Freistaat pro Jahr 1,5 Milliarden DM nicht in den herkömmlichen Zuschuß-/Subventionsverfahren für einzelne Investitionsprojekte aus, sondern legt sie als staatlichen Anteil in Infrastrukturfonds ein, so ist es möglich, über die Einwerbung und Bindung privaten Kapitals die jährliche zweckgebundene Investitionssumme deutlich zu vervielfachen.

Infrastrukturinvestitionen, die sich über Gebühren refinanzieren oder andere Rückzahlungsverfahren eröffnen, sind neben der Stromversorgung der gesamte Trink- und Abwasserbereich, der gesamte Abfallvermeidungs- und Entsorgungssektor, der Wohnungsbau, die Stadterneuerung etc.

Ökologische Schäden jetzt beheben

Die ökologischen Schäden zu beheben, sehen wir als weiteren Ansatz (Stichwort: Altlastensanierung), sinnvolle Arbeit zu schaffen.

Auch hierfür werden in Zukunft staatliche Altlastenfonds geschaffen werden, wie sie bereits für die Sanierung der Wismut-Hinterlassenschaft, die Rekultivierung der stillgelegten Bergbaulandschaften oder die Sanierung von Chemiestandorten oder geschädigten Industriebrachen aufgelegt sind.

Die Auftragsvergabe, sowohl der Infrastruktur- als auch der Altlastenfonds, werden wir Sozialdemokraten an die anteilige Einstellung von Arbeitslosen über Lohnkostenzuschüsse gemäß § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes binden und so Schritt für Schritt die produktive Beschäftigung bisher arbeitsloser Sachsen realisieren.

Dieses Vorgehen bietet grundsätzliche Vorteile:

- Wir setzen das Instrument der Lohnkostenzuschüsse nach § 249h nicht nur für Abriß und ökologische Erneuerung ein, sondern auch für die Entwicklung, Erschließung und Installierung von Infrastrukturmaßnahmen.
- Wir integrieren Arbeitslose auf Zeit in Betriebe und federn damit den Umstrukturierungsprozeß auf mehrere Jahre sozial und wertschaffend produktiv ab.
- Wir forcieren die Infrastrukturerneuerung in unserem Land.

Schließlich bietet das Konzept auch Perspektiven neuer Vermögensbildung für die sächsische Bevölkerung.

Bildung ist der Rohstoff Nr. 1: Startchance für unsere Kinder, Zukunft für unser Leben

Die Vereinigung Deutschlands mit ihren radikalen Veränderungen der sozialen Lebenszusammenhänge und Lebensstile stellt z.T. völlig neue Anforderungen an alle Bildungsinstitutionen: Sie müssen in ganz neuer Weise Orte der sozialen Integration und der Vermittlung menschlicher Grundüberzeugungen und Werte werden. Unser Bildungssystem kann diese Funktion nur dann wahrnehmen, wenn es integrierend wirkt und für alle jungen Menschen – unabhängig von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Familien – offen ist und sie entsprechend ihrer Begabungen und Neigungen fördert und fordert. Dies gilt für das behinderte Kind genauso wie für den begabten Studenten.

Das von der CDU installierte Schulsystem hat nicht nur die Wünsche und Initiativen von vielen engagierten Eltern, Schülern und Lehrern ignoriert, es hat sich auch in der nicht zwingenden Veränderung der äußeren Schulstruktur erschöpft und die innere Umgestaltung der Schulen als künftige Aufgabe belassen. Unter Nichtbeachtung der schulpolitischen und pädagogischen Entwicklung der letzten Jahre wurde ein veraltetes Schulsystem übernommen, das den neuen Erfordernissen an Schulen nicht gerecht werden kann, sozial und wirtschaftlich schwache Schichten deutlich benachteiligt.

Das sächsische Schulsystem kann und wird aber durch uns Sozialdemokraten nicht nochmals tiefen Brüchen und Unsicherheiten ausgesetzt werden. Die Defizite des jetzigen Systems werden schrittweise und demokratisch unter Einbeziehung aller an Schule Beteiligten, also der Kommunen, Lehrer, Schüler und Eltern überwunden.

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht die bestmögliche Bildung der SchülerInnen und die dafür notwendige Qualität der Schulen und der Lehrer.

**Gleiche
Bildungschancen
für alle schaffen**

Dazu werden wir

- die innere Schulreform durch Weiterbildung und Erfahrungsaustausch, durch Freigabe von Stunden und Lehrplaninhalten sowie der Unterrichts- und Schulorganisation, durch Überarbeitung und Neuichtung der Lehr- und Lernprogramme auf den Weg bringen und unterstützen;
- die Gestaltungsautonomie der Schulen erhöhen, ihre demokratische Organisation verbessern und sie zur Öffnung für das kommunale Umfeld anregen;
- die gemeinsame Schulzeit auf die Klassen 5 und 6 erweitern (Orientierungsstufe);
- ein eigenständiges pädagogisches Profil der Mittelschulen anregen und fördern, das auf ganzheitlichem Lernen basiert und Hauptschulklassen vermeidet;
- die Klassenstärke in den Grundschulen und perspektivisch in den nachfolgenden Schulen auf 25 SchülerInnen begrenzen und so die Schüler-Lehrer-Relation verbessern;
- spezifische Konzepte für die ganzheitliche Bildung an den Förderschulen für Lernbehinderung und Erziehungshilfe entwickeln und umsetzen;
- die Begabtenförderung in Verantwortung des Landes unter Beteiligung der Hochschulen ausbauen und sichern;
- Gesamtschulen als Angebotsschulen zulassen und Schulverbünde vor allem zwischen Mittelschulen und zwischen Mittelschulen und beruflichen Gymnasien fördern;
- keine Verbeamtung von LehrerInnen vornehmen, um einer sozialen Spaltung der Lehrerschaft entgegenzuwirken.

Ab dem Schuljahr 1995/96 wird die Zahl der SchülerInnen in der Grundschule stark zurückgehen, bis zum Jahr 2002 um 50

– 60%. Dies würde etwa pro Schuljahr bis zu 1.000 LehrerInnen freisetzen. Das macht die Qualifikation von Grundschullehrern für einen Einsatz in der Orientierungsstufe, den Einsatz qualifizierter Mittelschullehrer im Gymnasium sowie eine Ausdehnung von Teilzeitschäftigung in allen Schularten notwendig, wenn die Entlassung von Lehrern in den fünf Jahren der kommenden Legislaturperiode vermieden und ein Einstellungskorridor für wenigstens die besten Referendare offengehalten werden soll.

Lehrern Möglichkeiten der Fortbildung anbieten

Die berufliche Bildung muß als gleichberechtigter Weg zur fachlichen, sozialen und personalen Kompetenz, zu demokratischem Selbstbewußtsein und zur Persönlichkeitsbildung neben den weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe II ausgebaut werden. Wir treten für Ausbildungsberufe ein, die auch für unterschiedlich leistungsfähige Jugendliche mit verschiedenen schulischen Leistungen und Abschlüssen reale Beschäftigungs- und Weiterbildungsschancen eröffnen, u.a. auch für Jugendliche, die den Hauptschulabschluß nicht erreichen.

Berufliche Ausbildung in Sachsen verbessern

Kein junger Mensch darf mangels qualifiziertem Ausbildungsplatz unser Land verlassen müssen. Deshalb wollen wir

- die beruflichen Ausbildungsplätze im dualen System durch Verpflichtung der öffentlichen Arbeitgeber und spezifische Anreize für Handwerker, kleine und mittlere Unternehmen deutlich erhöhen;
- die Berufsausbildung in kleinen und mittleren Betrieben

durch leistungsfähige überbetriebliche Ausbildungsstätten und intensive Zusammenarbeit mit den Berufsschulen und Weiterbildungsträgern ergänzen, unterstützen und ermöglichen;

- die schulischen Anteile der beruflichen Ausbildung und die Anteile der Allgemeinbildung an der Berufsschule aufwerten, z.B. durch die Berücksichtigung schulischer Leistungen bei Prüfungen, Angebote von Fremdsprachen und weiteren Fächern, spezielle Förderungen bis hin zum möglichen Erwerb einer Fachhochschulzugangsberechtigung;
- sehr gute und ausgezeichnete Meisterprädikate und Abschlüsse an Fachschulen als fachspezifische Hochschulzulassungsberechtigung anerkennen;
- an Fachhochschulen duale Studiengänge installieren, die in sinnvoller Weise Berufsausbildung und Fachhochschulstudium verbinden, weil zunehmend mehr Abiturienten vor dem Studium eine Berufsausbildung absolvieren;
- den Austausch von Schülern in Europa fördern.

Die Entwicklung der **Vorteile unserer Hochschulen ausbauen**

Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Deutschland und in den anderen hochentwickelten Industrieländern zeigt, daß Wirtschaft und Gesellschaft jetzt und künftig nicht weniger, sondern mehr gut ausgebildete Menschen brauchen. So geht die Kultusministerkonferenz davon aus, daß bis zum Jahr 2006 über 41% der jungen Deutschen das Abitur oder die Fachhochschulreife besitzen. In Ostdeutschland sind es z.Z. knapp 20%. Aufgabe sozialdemokratischer Hochschulpolitik ist es deshalb, Studienmöglichkeiten in allen wichtigen bzw. entwicklungsrelevanten Studienrichtungen auf- und auszubauen und dafür befähigte junge Menschen zu gewinnen anstatt die Studienmöglichkeiten einzuschränken und der weiter zunehmenden Nachfrage entgegenzuwirken. Neben der Anhebung des Anteils der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt auf den international üblichen Standard ist auch ein effektiver, sparsamer Einsatz und seine gerechte Verteilung notwendig. Studium und Hochschulen sind deshalb so zu entwickeln, daß sie in kurzer Zeit bis zu 35% eines Jahrganges in der Regelstudienzeit zu einem berufsqualifizierten Abschluß hoher Qualität führen.

Sachsens Hochschullandschaft hat sich trotz des radikalen Aderlasses seit 1989 einige qualifizierte Elemente und Vorteile aus der Vergangenheit bewahren können, die nicht aufgegeben werden dürfen.

Die Hochschullandschaft des Landes ist vielfältig und ausbaufähig. Sozialdemokraten werden in der Regierung folgende Maßnahmen ergreifen:

- Erhöhung der Leistungsorientierung der Hochschulen durch innovative Wege in der autonomen Verwaltung und Aufstellung der Hochschulhaushalte durch die Einrichtung selbst;

- keine weitere Fortsetzung der Verbeamtung von Hochschulpersonal, um die Flexibilität im Mittelbau zu erhalten;
- Befriedigung des bei steigenden Studienbewerberzahlen an Fachhochschulen entstehenden Lehrerbedarfs durch zusätzliche Stellen im akademischen Mittelbau;
- Gründung einer Fachhochschule Vogtland, um dieser Region und ihrer Wirtschaft eine qualifizierte Bildungseinrichtung zur Verfügung zu stellen;
- Eingliederung der internen Fachhochschulen (Polizei und Verwaltung) des Innenministeriums in die bestehenden Hochschulen und ihre Öffnung für externe Studenten;
- Integration der Berufsakademien in die bestehenden Hochschulen für Technik und Wirtschaft;
- Stärkung der Rechte der Studienkommissionen und der Hochschulkonferenz.

Hochschulforschung ausbauen und vernetzen

Die Hochschulforschung Sachsens hat bereits beachtliche Erfolge beim Einwerben von Drittmitteln erzielt.

Wir sehen jedoch noch genügend unausgelastete Forschungskapazitäten besonders in den technischen Fakultäten, die wir mit Sonderförderprogrammen unter Integration arbeitsloser Forscher zumindest solange auslasten wollen, bis die Forschungsaktivitäten durch den dann ausgebildeten Forschungsnachwuchs wahrgenommen werden.

Besonderer Aufmerksamkeit und zusätzlicher Förderung bedarf die Reaktivierung der Beziehungen von Hochschulforschung, industrienaher Anwendungsforschung (z.B. Forschungs-GmbH) und der Produktentwicklung und -erprobung in den Betrieben. Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Instituten der außeruniversitären Forschung ist weiter auszubauen. Genutzt werden soll auch die Unterstützung der Europäischen Union, die im Rahmen von Programmen der Europäischen Union wirtschaftsnahe Forschungen fördert.

Im Rahmen der Technologieförderung ist die Vernetzung über Technologietransferstellen und ähnliche Einrichtungen voranzutreiben.

Wir Sozialdemokraten sind uns der Schwierigkeiten bewußt, die insbesondere auf unsere technischen Fakultäten und Fachbereiche durch die geringen Studentenzahlen zukommen.

Wir halten es für legitim und notwendig, daß an den Hochschulen vorübergehend das Forschungs- und Weiterbildungsprofil der technischen Fakultäten und Fachbereiche intensiviert wird. Hierdurch bieten sich auch Chancen, die Attraktivität und den Ruf der Fakultäten zu erhöhen, die zwangsweise in den Strudel der negativ wirkenden Entindustrialisierung gezogen worden sind.

Langfristig sind die von uns geforderte Technologieoffensive und die Technologie-Zentren ohne qualifizierte Hochschulabsolventen substanzlos. In diesem Sinne ist auch die Rückgewinnung sächsischer Forscher, die nach der Wende ihre Berufserfahrungen in Westdeutschland gesammelt haben, notwendig und sinnvoll.

BAföG gerechter gestalten Aus sächsischer, ostdeutscher Sicht erleben wir die Diskussion um das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und die Einschränkung seiner Leistungen als Katastrophe und Diskriminierung junger Menschen ohne reiche Eltern. Davon gibt es in Sachsen und Ostdeutschland vergleichsweise mehr als im Westen.

Wir sehen die Sicherung der BAföG-Leistungen als einen wesentlichen Bestandteil des von uns propagierten Generationenvertrages für Bildung und Jugend.

Wir werden alles tun, um den Auftrag und die Ziele des BAföG weiterhin durch richtige Entscheidungen des Bundestages sicherzustellen.

Lebenslanges Lernen beginnen Wie kein anderer Teil des Bildungssystems ist die Weiterbildung mit zentralen Politikfeldern verknüpft. Für die Arbeitsmarktpolitik, die regionale Wirtschaftsförderung oder die Personalentwicklung in Betrieben und Verwaltungen ist die Qualifizierung ein wichtiges Instrument.

Dazu wollen wir Sozialdemokraten auf der Grundlage eines Sächsischen Weiterbildungsgesetzes

- das Angebot unserer Volkshochschulen intensivieren und stabilisieren;
- eine konsequente Politik der Weiterbildung für alle durchsetzen, um durch zielgruppengerechte Angebote Arbeitslosigkeit zu überwinden und ihr vorzubeugen;
- die Qualität der Weiterbildung und den Schutz der TeilnehmerInnen vor unseriösen Anbietern gewährleisten.

Ein starkes Stück Menschenwürde: Bezahlbare Wohnungen und soziale Gerechtigkeit

Rechts-, Wirtschafts- und Sozialeinheit gehören untrennbar zusammen – in Ost und West. Deshalb streben wir Sozialdemokraten auch weiterhin intensiv die Angleichung der sozialen Lebensverhältnisse in Sachsen an die westdeutschen an. Das heißt nicht, die Verhältnisse in der Relation 1 : 1 anzupassen, sondern bedeutet auch die Verwirklichung eigener Wege.

So bitter es für uns nach der großen Lüge der CDU und ihres Kanzlers im Herbst 1990 auch ist, die Anpassung der sozialen Standards an das westliche Niveau dauert länger als anfangs versprochen.

Sozialpolitik ist heute und in Zukunft finanzierbar, wenn die verfügbaren Mittel bedarfsgerecht und intelligent für qualitativ hochwertige Angebote und Hilfen eingesetzt werden. Es ist Aufgabe der Sozialpolitik, dies sicherzustellen.

Das Erbe unserer Wohnungswirtschaft aus der DDR wiegt schwer. Wir haben in Sachsen genug Wohnungen.

Aber sie sind nicht alle bewohnbar, allein in Dresden verfallen 20.000 derzeit unbewohnbare Wohnungen. Deshalb sagen wir Sozialdemokraten: Instandsetzen und Sanieren hat Vorrang vor Neubau.

Die vormals geschmähte und weitgehend vernachlässigte Altbausubstanz, entstanden bis 1930, wird plötzlich attraktiv, muß aber saniert werden. Die weit über 400.000 in Sachsen bestehenden Rückübertragungsansprüche behindern diese notwendigen Sanierungsmaßnahmen. Das ehemals bevorzugte Wohnen in Neubausiedlungen, insbesondere in Plattenbauwohnungen, wird zunehmend abgewertet.

Ein grandioser Wohnungswechsel von den Neubauvierteln in die sanierten Altbauten der Innenstädte setzt ein. Die Plattenbauwohnungen am Rande der Städte mit den verhältnismäßig geringen Mieten werden sich zu sozialen Brennpunkten entwickeln.

**Wohnen
als soziales Gut
bewahren**

Die Mieten müssen für alle erschwinglich bleiben. Wohnungen sind für uns Sozialdemokraten zu allererst ein soziales Gut und erst zweitrangig ein wirtschaftlicher Wert.

Wir werden zur Sicherung sozialer Mieten

- gemeinsam mit der SPD-Regierung in Bonn ab Oktober 1994 die Mietgesetze so novellieren, daß der Wohnraum für alle Sachsen bezahlbar bleibt;
- gesetzliche Voraussetzungen schaffen, daß 40% des jetzigen kommunalen Wohnbestandes als mietpreis- und belegungsgebunden erhalten bleiben;
- Modelle und Programme entwickeln, die unseren Mietern Wohnstandards sichern, die sie mit ihrem Einkommen finanzieren können, denn Weststandard ist nicht mit Ostlöhnen bezahlbar;
- die Mietnebenkosten in diesem Sinne erträglich gestalten durch langfristige Refinanzierungsmöglichkeiten;
- für diejenigen, die aus wirtschaftlichen, sozialen Gründen ihre Wohnung nicht mehr bezahlen können, ein Landeswohngeld als Härteausgleich einführen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden;
- uns nicht scheuen, einschneidende Maßnahmen anzuwenden, wenn flächendeckend in den Ballungsgebieten die Gefahr von Obdachlosigkeit besteht.

Wir werden zur sozialverträglichen Instandsetzung und Sanierung

- die geringen öffentlichen Mittel auf die Modernisierung und Instandhaltung der vorhandenen Wohnsubstanz konzentrieren;
- Modernisierungsprogramme in ihrem Förderzuschuß pro qm-Wohnfläche gebäude- und nutzungsspezifisch begrenzen, um die Umlegung der Kosten auf die Miete in Grenzen zu halten;
- Mieterdarlehen bzw. Mieterzuschüsse gewähren und Mietermodernisierungsprogramme auflegen, damit Mieter zur finanziellen Beteiligung am Erhalt und der Modernisierung ihrer Wohnungen angereizt werden;
- die Investitionsvorrangentscheidungen zugunsten sächsischer Kaufbewerber durch einen Rechts- und Risikobürgschaftsfonds des Landes beschleunigen.

Wir werden zur Vermeidung von Spekulation und Wohnraumzerstörung

- Vorkehrungen treffen, die Spekulationsgewinne- und tatsächliche Wertsteigerungen durch die Umwandlung von Ackerland in Wohnbauerwartungsland abzuschöpfen und dem sozialen Wohnungsbau zuzuführen;
- die fortschreitende Zweckentfremdung von Wohnraum über ein Wohnaufsichtsgesetz stoppen.

Wir werden zur Unterstützung sozialer Wohnungsträger

- die Altschuldenregulierung nochmals generell in Frage stellen und für die Wohnungsträger mit Sonderbedingungen neu definieren, die angesichts der übriggebliebenen Altschuldenbelastungen Gefahr laufen, zahlungsunfähig zu werden oder ihre Mieter über unerschwingliche Mietkosten zu verjagen;
- die zur Zeit betriebene Privatisierung von Wohnraum (insbesondere Plattenbauwohnungen) auf das unabdingbare Maß zurückschrauben und dabei das Prinzip erst sanieren, dann privatisieren forcieren;
- die Neugründung von Genossenschaften unterstützen;
- genossenschaftliches Eigentum förderpolitisch dem Privateigentum an selbst genutztem Wohnraum gleichstellen.

Wir wollen beim Neubau von Wohnraum

- die Schaffung von belegungsgebundenem Mietwohnungsbau (sozialer Wohnungsbau) durch öffentliche Mittel fördern;
- Modelle und Verfahren für kostensparendes, flächensparendes und umweltbewusstes Bauen entwickeln und fördern;
- den Eigenheimbau mit staatlicher Förderung flankieren;
- im Rahmen der Wohnungsbauförderung sogenannte Zielgruppenprogramme für ältere Menschen, Behinderte, Sozialhilfeempfänger und junge Familien einrichten;
- ein staatliches Bauhilfeprogramm für junge Familien unterstützen.

Wir werden in der Stadterneuerung

- Maßnahmen der Wohnumfeldverbesserung in Neubausiedlungen, insbesondere in Plattenbau-Siedlungen, höchste Priorität einräumen;
- die Sanierung und die Neueinrichtung von Infrastrukturversorgungseinrichtungen, insbesondere in Plattenbausiedlungen, massiv vorantreiben;
- Stadtentwicklungsmaßnahmen besser als bisher ausstatten, um dem in vielen Städten drohenden Urbanitätsverlust entgegenzuwirken;
- neue Formen der subjektbezogenen Förderung in der städtebaulichen Erneuerung einrichten.

Auf der Grundlage gesicherter Renten verfolgt unsere Seniorenpolitik das Ziel, die persönlichen, gesellschaftlichen und materiellen Lebensgrundlagen alter Menschen zu erhalten und zu sichern. Dafür sind vorrangig Hilfen zu gewähren, die so lange wie möglich ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben älterer Menschen ermöglichen, die Kontakte mit Familie, Freunden und Nachbarn erhalten und fördern, Ausgrenzung und Vereinsamung entgegenwirken und gesundheitliche Einschränkungen vermeiden bzw. durch geeignete Maßnahmen heilen oder lindern.

Älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen

Wir Sozialdemokraten wollen deshalb

- eine umfangreiche Bedarfsanalyse bei älteren Menschen durchführen, um ein genaues Bild ihrer Lage, ihrer Bedürfnisse und Wünsche zu erhalten;
- die gesellschaftliche Integration alter Menschen fördern;

- die Stärkung der Selbstbestimmung und Selbsthilfe alter Menschen anstreben;
- altengerechtes Wohnen und entsprechenden Wohnungsbau intensiv fördern;
- eine flächendeckende Pflegekette von der häuslichen Pflege über Tagesstätten bis zur stationären Betreuung von älteren Menschen entwickeln;
- gerontopsychiatrische Tagesstätten aufbauen.

Hunderttausende noch gar nicht „alter“ Sachsen über 55 Jahre sind in den Ruhestand gegangen oder „gezwungen“ worden. Viele fühlen sich in einem „Unruhestand“, den sie nicht akzeptieren wollen. Wir Sozialdemokraten sagen, daß wir sie brauchen. Wir brauchen sie entweder beim Wiederaufbau unserer Wirtschaft oder aber bei der aktiven Neugestaltung unseres Gemeinwesens.

In diesem Sinne werden wir das

- Aktionsprogramm 55

weiterentwickeln und ausbauen.

Die Lage von Behinderten erleichtern

Behinderte haben einen Anspruch darauf, in Beruf, Arbeit und Gesellschaft mit Nicht-behinderten gleichgestellt zu werden. Ihre Lage in Sachsen ist besonders in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Umbrüche schwer.

Wir Sozialdemokraten wollen endlich handeln.

Wir werden

- einen einkommensunabhängigen finanziellen Nachteilsausgleich für Schwerbehinderte und Gehörlose einführen;

- Initiativen zur Gestaltung einer behindertengerechten Umwelt ergreifen;
- die Kosten der medizinischen und psychologischen Leistungen im Rahmen der ganzheitlichen Betreuung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen an Förderschulen verbindlich ordnen;
- die Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die ihre Pflicht zur Beschäftigung Schwerbehinderter nicht ausreichend erfüllen, einfordern.

Sozialhilfe hat die Aufgabe, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten. Menschen, die von Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) und Hilfen in besonderen Lebenslagen (HibL) leben, sollen in die Lage versetzt werden, sich selbst aus ihrer negativen Situation zu lösen.

Von dieser „Hilfesituation“ sind wir weit entfernt. Die SPD wendet sich gegen jegliche Versuche konservativer Sozialpolitik, Sozialhilfeempfänger dem Verdacht auszusetzen, sie seien überversorgt, arbeitsunwillig oder selbstverschuldet arm.

Defizite der Sozialhilfe beheben

Wir wollen in der Regierung Sorge dafür tragen,

- eine Bundesratsinitiative zur Angleichung der Sozialhilfe an die tatsächlichen Lebenshaltungskosten einzuleiten;
- die Sozialhilfe mit anderen Hilfen intensiv zu verzahnen – etwa in der Arbeits-, Wohn-, Gesundheitsförderung, Drogenhilfe etc., indem wir aus diesen Förderfeldern zielgerichtete Projekte für Sozialhilfeempfänger unterstützen.

Beschäftigungshilfen für sozial Benachteiligte

Wir werden das von uns Sozialdemokraten initiierte Programm „Arbeit und Qualifizierung statt Sozialhilfe“ für erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger unterschiedlicher Zielgruppen ausbauen.

Prävention und Gesundheitsförderung stärken

Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung haben in unserer Gesundheitspolitik einen hohen Stellenwert und Vorrang. Da weder die Ziele der Prävention, deren Inhalte noch entsprechende Konzepte in Sachsen erarbeitet wurden, werden wir aktiv.

Wir Sozialdemokraten werden ein Konzept zur umfassenden Prävention und Gesundheitsförderung erarbeiten und vorlegen, in dem

- Umwelt und Gesundheit aufeinander bezogen werden;
- Prävention und Gesundheits-erziehung besonders für Kinder und Jugendliche in Sachsen einen größeren Stellenwert erhalten;
- Prophylaxe einen umfassenderen Sinn erhält, in dem nicht nur der Mißbrauch von Drogen bekämpft und Aufklärung über AIDS betrieben wird, sondern auch sexueller Mißbrauch, soziale Deklassierung, Schul- und Ausbildungsversagen als Präventionsthemen aufgegriffen werden;
- die Grenzregion nicht nur als Wirtschaftsregion, sondern auch als Gebiet mit besonderem Präventionsbedarf enthalten sein wird;
- ein Gesamtkonzept für Drogenpolitik, das die Bereiche Prävention, Drogenhilfe und -therapie sowie anwendungsorientierte Forschung umfaßt, erstellt wird;

- eine Verstärkung der Straßensozialarbeit vorgesehen ist und ausreichend gemeindenahe ambulante und stationäre Therapieplätze für Drogensüchtige bereitgehalten werden.

In Sachsen und in den anderen neuen Bundesländern hat die ambulante medizinische Versorgung einen erheblichen Wandlungsprozeß durchlaufen müssen. Polikliniken und Dispensaires wurden geschlossen. Es erfolgte die alleinige Orientierung auf den Arzt in freier Niederlassung. Erst heute, da es nur noch wenige funktionsfähige Polikliniken und Dispensaires gibt, wird klar, daß die sozialdemokratische Kritik an diesem Umstellungsprozeß berechtigt war: Im Interesse der Versorgung chronisch kranker Menschen, der Wirtschaftlichkeit des Gesundheitssystems und der Verzahnung von ambulanten und stationären Therapieformen sowie der Interdisziplinarität auch mit nichtärztlichen medizinischen Berufen ist es wünschenswert, neben den Ärzten in freier Niederlassung als Alternative und Ergänzung Gesundheitszentren und Gemeinschaftspraxen in pluraler Trägerschaft vorzuhalten.

Ambulante medizinische Strukturen entwickeln

Deshalb werden wir in einem Modellversuch erproben:

- die Sicherung der ganzheitlichen ambulanten medizinischen Versorgung unter Einbeziehung auch nichtärztlicher ambulanter medizinischer Therapieangebote;
- die Förderung der Umstrukturierung von Gesundheitszentren aus den noch bestehenden Polikliniken.

Wir wollen folgende konkrete Ziele erreichen, um die ambulante medizinische Versorgung qualitativ zu verbessern und wirtschaftlicher zu gestalten:

- eine bessere Verzahnung von ambulanten und stationären Angeboten;
- die Bildung regionaler Gesundheitskonferenzen, in denen der Bedarf an ambulanten medizinischen Einrichtungen ermittelt und koordiniert wird;
- Stärkung der ambulanten medizinischen Rehabilitation;
- die Aufnahme der ambulanten Suchtrehabilitation in den Landespsychiatrieplan mit verbindlichen Platzvorgaben.

Situation der Krankenhäuser verbessern

Die Ziele in der stationären medizinischen Versorgung sind gekennzeichnet von der wirtschaftlichen Erbringung qualitativ hochwertiger, allen Bürgern zugänglicher und solidarisch finanzierter Akutbehandlung und Rehabilitation. Insbesondere die Wirtschaftlichkeit im Krankenhausbereich wird durch das seit Januar 1993 geltende Gesundheitsstrukturgesetz zu einer neuen Herausforderung für die Krankenhäuser in Sachsen, die dazu mit dem Problem unzureichender Bausubstanz, mit Zergliederung und Umstellung auf einzelwirtschaftliches Rechnungswesen etc. zu kämpfen haben.

Die Sozialpolitik muß den Krankenhäusern Rahmenbedingungen bieten, um den investiven Nachholbedarf in angemessener Zeit befriedigen zu können und für die Krankenhäuser die Möglichkeit zu schaffen, sich ganz ihrem Versorgungsauftrag widmen zu können. Es ist ein Fehler der bisherigen Staatsregierung, vordergründig auf die Privatisierung von Krankenhäu-

sern zu setzen. Die Wirtschaftlichkeit der Gesundheitseinrichtungen hängt primär nicht von ihrer Trägerschaft oder von ihrer Rechtsform ab. Wirtschaftlichkeit ist dann gewährleistet, wenn kostenwirksame Entscheidungen und die Kostenverantwortung strukturell zusammengeführt werden.

Im einzelnen stehen wir Sozialdemokraten dafür:

- mit den Mitteln aus dem Krankenhausinvestitionsprogramm Ost die Anpassung der qualitativen Grundlagen der sächsischen Krankenhäuser zu finanzieren;
- eine Novellierung des Sächsischen Krankenhausgesetzes durchzuführen, um alle Möglichkeiten des Gesundheitsstrukturgesetzes ausschöpfen zu können;
- ein tragfähiges Wirtschafts- und Sanierungskonzept für die sächsischen Krankenhäuser zu erstellen, das eine hochwertige und wirtschaftliche Versorgung unter Beibehaltung der Landsträgerschaft ermöglicht;
- die konzeptionelle Weiterentwicklung im Sinne eines bedarfsgerechten, landesweit verzahnten, ambulanten, teilstationären und stationären Krankenhausangebotes zu fördern.

In der Vergangenheit wurden psychisch Kranke durch die Gesellschaft extrem vernachlässigt und in ihren Rechten unzulässig eingeschränkt. Bis heute ist in der Versorgung psychisch kranker und behinderter Menschen in Sachsen noch kein akzeptables, durchgängig menschenwürdiges Niveau erreicht worden. Weder besteht in diesem Bereich für die Betroffenen ein Gesetz, das den Erfordernissen einer modernen Psychiatrieland-

Psychiatrische Versorgung qualifizieren

schaft gerecht wird, noch sind die notwendigen abgestuften, gemeindenahen, niedrighwelligen, kooperativen, langfristig verfügbaren zugehenden und nachgehenden Einrichtungen flächendeckend auch nur in Ansätzen geschaffen.

Besonders gravierend sind immer noch die materiellen und baulichen Mängel der psychiatrischen Krankenhäuser.

- Die Behebung dieser Mängel werden wir in einem ersten Schritt ermöglichen, um unserem Ziel – der Gleichstellung von psychisch Kranken mit körperlich Kranken – näher zu kommen.
- Durch die Verabschiedung eines Gesetzes über „Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten“ werden wir einen Rechtsanspruch auf geeignete Behandlungsmaßnahmen nach Maßgabe des Einzelfalls für psychisch Kranke verankern und die Rechte psychisch Kranker stärken.

Sicherheit ist Bürgerrecht: Schutz für die Menschen, Vertrauen in den demo- kratischen Staat

Die innere Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für den inneren und äußeren Frieden in unserem Land. Die Stärkung der inneren Sicherheit erfordert eine enge Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte. Es gibt viele Gründe, warum die Zahl der kriminellen Delikte wächst. Wir müssen uns mit den Ursachen des Kriminalitätsanstiegs auseinandersetzen.

Insbesondere junge Menschen sind besonders gefährdet. Sie sind bei ihrer Suche nach Festigung und Identität neuen Gefahren wie Drogen, Extremismus und Kriminalität weitaus stärker ausgesetzt als Erwachsene.

Darüber hinaus ist Sachsen aufgrund seiner regionalen Lage mit europäischen Außengrenzen zu Polen und Tschechien in besonderer Weise von Grenzriminalität betroffen.

**Kriminalität
wirkungsvoll
bekämpfen**

Wir Sozialdemokraten werden

- der Verbrechensvorbeugung Vorrang vor der Verbrechensbekämpfung durch Förderung der präventiven Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Ebenen einräumen;
- in diesem Sinne Jugendarbeit verstärken und verbessern;
- bei den notwendigen Sparmaßnahmen die Bedeutung der Sozial-, Gesundheits-, Familien- und Jugendarbeit auch im Rahmen der Kriminalprävention bedenken;
- uns bemühen, das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen gegenüber dem Gemeinwesen zu stärken;
- uns für eine gezielte und kontrollierte Bekämpfung der organisierten Kriminalität einsetzen und den Einsatz technischer Mittel unter engen

gesetzmäßigen Voraussetzungen mit den notwendigen Verfassungsänderungen gestatten;

- die Wirtschafts-, Steuer-, Vereinigungs-, Regierungs- und Umweltkriminalität gezielt bekämpfen, in dem wir das Personal in den entsprechenden Fachressorts der Strafermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden besser aus- und fortbilden, personell verstärken und spezielle Fachbereiche zusätzlich einrichten;
- fordern, daß in Ostdeutschland zusätzlich 5.000 Bundesgrenzschutzbeamte und weitere Polizeibeamte zur Bekämpfung der Grenzkriminalität insbesondere an den sächsischen Grenzen zu Polen und Tschechien eingesetzt werden,
- einen Unterstützungsfonds für Bürger einrichten, die von der Grenzkriminalität besonders und wiederholt betroffen sind.

Die wirkungsvolle Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität braucht Rechtshilfeabkommen zwischen Deutschland und seinen beiden Nachbarstaaten Tschechien und Polen. Entsprechende Initiativen in Bonn werden wir vorantreiben und nachhaltig unterstützen.

Das schärfste Polizeigesetz eines deutschen Bundeslandes, wie es die CDU-Regierung in Sachsen gegen den Widerstand der Sozialdemokraten und des Bündnis 90/Die Grünen brutal durchgesetzt hat, wird Kriminalität nicht reduzieren. Es erlaubt vielmehr unkontrollierbare, gerichtlich nicht legitimierte Eingriffe in die individuellen Rechte und Freiräume. Dieses Polizeigesetz werden wir umgehend novellieren.

Polizei stufenweise um 2.000 Beamte verstärken

Im Lebensumfeld unserer Bürger werden wir wieder für mehr Sicherheit sorgen durch

- die stufenweise Erhöhung des Personalbestandes der Polizei um weitere 2.000 Beamte,
- davon den Einsatz von 1.000 bürgernahen Polizeibeamten (Schutzmänner/-frauen) in ländlichen Gebieten;
- die Verbesserung und schrittweise Erweiterung der Aus- und Fortbildung der Polizei;
- die Entlastung der Polizeibeamten von polizeifremden Aufgaben und Aufträgen prüfen und veranlassen;
- vertrauensbildende Maßnahmen in der Polizei und in der Bevölkerung, um das Vertrauen unserer Bürger in die Polizei zu verstärken.

Die Herstellung der Rechtseinheit hatte für uns besondere Bedeu- tung. Sie brachte für uns u.a. die Einführung eines freien demokrati- schen Systems und schuf eine wahr- haft unabhängige Dritte Gewalt. Sie brachte eine neue Rechtsspre- chung mit personell erneuerten Gerichten. Die Justiz hat systema- tisch, organisatorisch und personell gesehen einen neuen Auftrag, ein verändertes Gesicht.

Den Rechtsstaat pflegen

Die Herstellung der Rechtseinheit hatte für uns besondere Bedeutung. Sie brachte für uns u.a. die Einführung eines freien demokratischen Systems und schuf eine wahrhaft unabhängige Dritte Gewalt. Sie brachte eine neue Rechtssprechung mit personell erneuerten Gerichten. Die Justiz hat systematisch, organisatorisch und personell gesehen einen neuen Auftrag, ein verändertes Gesicht.

Den personellen Neuaufbau fortsetzen

Die Personalnot an fast allen Gerichten ist weiterhin äußerst groß. Die Bearbeitungszeiten sind deshalb weiter unerträglich lang. Zwischen Rechtsbruch und Urteilsspruch vergehen Zeiten, die sich negativ auswirken können. Wenn Verjährung mangels „Urteilsfähigkeit“ der Gerichte droht, begünstigt das das kriminelle Delikt.

Wir werden deshalb alles tun, auch unkonventionelle Schritte nicht scheuen, um die Gerichte, die Kammern, die Staatsanwaltschaften, die Rechtspflegeinstanzen personell so auszustatten, daß sie dem rasant wachsenden Berg an Arbeit zeitgerecht begegnen können.

Dabei setzen wir den Schwerpunkt auf qualitative und quantitative Nachwuchsgewinnung. Wir brauchen mehr sächsische Richter und Staatsanwälte, Rechtspfleger und Bewährungshelfer.

Den Strafvollzug normalisieren

Der Auftrag, einen humanen Strafvollzug nach dem nunmehr gültigen Gesetz zu organisieren und durchzuführen, ist nicht über Nacht zu verwirklichen. Das Umdenken und Umlernen des gesamten Justizdienstes, seine Ausstattung mit Pädagogen, Psychologen, Sozialarbeitern und Theologen, die Beseitigung der offensichtlich großen Mängel an Sicherheitsanlagen und Gebäuden brauchen mehrere Jahre.

Der Strafvollzug hat heute ein Resozialisierungsziel, der inhaftierte Rechtsbrecher soll bereits während seiner Inhaftierung dazu „befähigt“ werden, nach seiner Entlassung ein straffreies Leben zu führen.

Die Sühne als Sinn der Strafe ist zugunsten des humanen Anspruchs zurückgesetzt worden, den Straffälligen zu unterstützen.

Diese Straffälligenhilfe gilt es aufzubauen und im Bewußtsein der Allgemeinheit als sinnvolle, akzeptable Arbeit für und mit Straffälligen zu verankern.

Wir Sozialdemokraten werden sie qualitativ und materiell ausbauen.

Die Opfer totalitärer Regime geraten oft schneller in Vergessenheit als die Täter. Opfer klagen stumm an, häufig nicht den Täter, sondern die Allgemeinheit, die Nachbarschaft, Politik und Gerichte.

Hilfsfonds für Opfer gründen

Die Entschädigungsregelungen für Opfer des DDR-Regimes können von uns nicht akzeptiert werden. Wir werden alles unternehmen, nach dem Regierungswechsel in Bonn eine deutliche Verbesserung dieser Regelungen zu erreichen. Im Rahmen einer sofort zu ergreifenden Bundesratsinitiative wollen wir insbesondere auf eine Erhöhung der Kapitalentschädigung für politische Häftlinge drängen. Besonderer Aufmerksamkeit sollten sich auch die Opfer von Verbrechen in unserem Alltag sicher sein. Die Hilfe für Opfer ist nicht geregelt, außer ihrer in der Regel zwar einklagbaren, aber nur selten vollstreckbaren Entschädigungen.

Wir Sozialdemokraten werden einen Hilfsfonds für Verbrechenopfer ins Leben rufen, der unkonventionell helfen kann.

Moderne Verwaltung schaffen

Die Kreisreform hat zu einer Veränderung der Verwaltungslandschaft auf der unteren Ebene geführt. Die Gemeinde-reform steht ebenso aus wie ein Landesorganisationsgesetz, ein Landespersonalkonzept oder ein plausibles Landeskonzept für die Datenverarbeitung und Kommunikation der Landesbehörden. Wir Sozialdemokraten haben diese für eine effektive Verwaltung des Freistaates unabdingbaren Grundlagen ebenso gefordert wie die Abschaffung der Regierungspräsidien.

Die Erfüllung dieser „Hausaufgaben“ ist auch Basis für die Personalpolitik des Landes und die Entscheidung, ob und welche Leistungen der Landesverwaltung dezentralisiert, delegiert oder auch privatisiert werden können und sollen.

Wir werden deshalb

- Sorge dafür tragen, daß die Grundlagen für eine moderne, effektive Landesverwaltung rasch geschaffen werden.

Dabei sehen wir uns der Dezentralisierung von Leistungen und Behörden ebenso verpflichtet, wie der Beachtung und Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. In diesem Zusammenhang wird auch die schrittweise Abschaffung von Mittelinstanzen (wie etwa die Regierungspräsidien, die Oberschulämter) und anderer Landesbehörden einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen sein. Die Reorganisation der Landesverwaltung und einzelner Organisationseinheiten hat jetzt noch Gestaltungsfreiräume, die in wenigen Jahren nicht mehr gegeben sind. Dies gilt auch für den Neuzuschnitt von Ressortzuständigkeiten der Landesministerien.

Kulturland Sachsen: Wahrung der Werte und Förderung von Freiräumen

Sachsen ist eine der großartigsten Kulturlandschaften Europas, die von den vielen lebendigen Stimmen der Regionen geprägt wird. Kultur und Künste haben für die Identität der Menschen in Sachsen einen sehr hohen Stellenwert.

Die Finanznot jedoch hat inzwischen längst auch den Kulturbereich erreicht. Der Kulturabbau in Sachsen schreitet voran, und längst sind auch die etablierten Einrichtungen, Theater und Orchester in diesen Sog geraten. Die bisherige Regierung verfügt noch immer nicht über ein mit den Kulturträgern und den Künstlerverbänden abgestimmtes Kulturkonzept.

Wir Sozialdemokraten treten dafür ein, die Entwicklung von Kunst und Kultur in Sachsen im Zusammenhang mit einer zukunftsgerichteten Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu sehen.

Dabei kann es nicht darum gehen, Besitzstände zu verteidigen. Ziel muß vielmehr die Schaffung neuer Strukturen, auch an den etablierten Kulturinstitutionen sein, damit diese langfristig nicht nur überleben, sondern in die Regionen ausstrahlen und sich den europäischen Nachbarn als Vorreiter hin zu einer wirklich gelebten Euroregion öffnen. Altes und Neues, Hoch- und Breitenkultur, urbane und ländlich geprägte Kultur müssen gemeinsam und in ihrem Wechselspiel von Traditionen und Innovationen gefördert werden. Gelder sollen künftig nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt, sondern nur dann vergeben werden, wenn die geförderten Institutionen und Projekte ihre Bemühungen um eigenständige Planung und Neustrukturierung nachweisen. Sachsens Kultur braucht einen Anwalt und einen kompetenten Mittler zwischen Kulturverbänden, Kommunen, Bund und Land. Wir Sozialdemokraten sind für ein sächsisches Kulturministerium.

**Neue Strukturen
entwickeln**

Kommunale und freie Initiativen unterstützen

Vorrangiges Ziel der Kulturpolitik muß die Erhaltung und zugleich grundlegende Erneuerung der vorhandenen Theater, Orchester, Museen, Bibliotheken etc. sein. Durch den Druck von Parlament und kommunalen Spitzenverbänden konnte zum Ende des Jahres 1993 aus dem Kulturraumgesetz die Grundlage eines musischen Solidarpaktes werden, obwohl die Staatsregierung bis zuletzt die Festlegung einer stabilen Landesbeteiligung verhindern wollte.

Wir Sozialdemokraten stehen für

- den Abbau von Zentralismus und eine stärkere Einbindung der Kulturbeiräte in die Entscheidungsfindung vor Ort;
- die Beteiligung des Freistaates an der Finanzierung der kommunalen Kultur mit Mitteln in Höhe von 0,7% des Landeshaushaltes, mindestens aber 200 Mio. DM jährlich;
- die Forderung an den Bund, sich über ein Grenzlandkulturprogramm und ein Leuchtturmprogramm dauerhaft am Erhalt der sächsischen Kultur zu beteiligen;
- die rasche Ausarbeitung eines Museumskonzeptes für den Freistaat, das u.a. Basis für die Sanierung bestehender Einrichtungen, die Realisierung und Bezuschussung eines dezentralen Industriemuseums und neuer Museumsvorhaben (z.B. Buchheim-Chernitz, Stella-Dresden, Museum der Bildenden Künste Leipzig, Schloß Hartenfels-Torgau) sein wird;
- die Verabschiedung eines Gesetzes zur Errichtung einer Gedenkstättenstiftung unter Einbeziehung der Verbände, die Opferinteressen vertreten;
- die kulturelle Eigenständigkeit des sorbischen Volkes auf der Basis eines Staatsvertrages zwischen dem Bund und den Ländern Sachsen und Brandenburg.

Der Arbeit von soziokulturellen Zentren, von Projekten und Stadtteilinitiativen, von Vereinen in Dörfern und Städten kommt in unserer neuen Gesellschaft immer mehr Bedeutung zu. Ihre kulturellen Aktivitäten stiften neue Identität, neue Beziehungen, neue Lebenswerte in einer Gesellschaft, die von der Isolierung des Individuums, von Einzel- und Gruppenegoismen bedroht ist. Sie bilden oder stabilisieren Lebens- und Alltagskultur.

Breiten- und Soziokultur ausbauen

Wir Sozialdemokraten werden

- für die Entwicklung der Breiten- und Soziokultur, einschließlich der freien Musik- und Theaterszene, ein mehrjähriges Förderprogramm im Etat verankern,
- über diesen Ansatz auch den Aufbau eines Netzes regionaler Beratungs- und Koordinierungsstellen für die Breiten- und Soziokultur bezuschussen.

Die „Produktionsbedingungen“ unserer Künstler, ihre Chancen, ihre Werke zu präsentieren, die individuellen Förder/Existenzhilfen oder Starhilfen für junge Talente, sind angesichts der eingeschränkten öffentlichen und privaten Mittel sehr schwierig.

Zum Klotzen in diesem für die Zukunft, für das Selbstbewußtsein, für die Internationalität unserer Kultur und Wirtschaft so wichtigen Sektor fehlt das Geld. Privates oder Firmen-Sponsoring bleibt konsequenterweise eher die Ausnahme.

Die Arbeit von Künstlern fördern

In dieser Situation werden wir Sozialdemokraten, wenn auch auf bescheidenem Niveau, finanzielle Beiträge des Landes leisten:

- zur Schaffung und Erhaltung künstlerischer Produktionsorte in Zusammenarbeit von Land und Kommunen;
- zur Durchführung international attraktiver Kunstereignisse in den Bereichen Musik, Film, Bildende Kunst;
- für ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung freier Künstler- und Kulturberufe (z.B. Stipendien, Überbrückungs- und Vermarktungshilfen, beschäftigungsfördernde Maßnahmen, Zuschüsse für Druck- und Ausstattungskosten sächsischer Literatur);
- für Starthilfen an junge Künstler (Bewerbungshilfen, Absolventenfonds).

Ausbildung auf hohem Niveau weiterentwickeln

Sachsen braucht vor allem auch junge Kunst und junge Kultur. Die großen Traditionen der Aus- und Weiterbildung auf den Gebieten der Literatur, des Tanzes, der Bildenden und der Darstellenden Kunst sowie des Films in Sachsen müssen wieder aufgegriffen werden.

Wir sehen uns als Sozialdemokraten in der Pflicht

- ein engmaschiges Netz an Musikschulen, Jugendkunstschulen und kulturpädagogischen Angeboten zu erhalten;
- die Fortführung der Landesmusikschulen in Trägerschaft des Freistaates sicherzustellen;
- die Einführung einer Regieausbildung an der Hochschule für Musik und Theater in Leipzig abzusichern;
- die Neuprofilierung des Leipziger Literaturinstitutes zu einer eigenständigen Dichterschule

für den deutschsprachigen Raum zu ermöglichen;

- die Einrichtung eines tanzwissenschaftlichen Institutes an der Palucca-Schule in Dresden mitzutragen;
- die stärkere Zuwendung zu den modernen audiovisuellen Medien als zusätzlichen Ausbildungsschwerpunkt an den sächsischen Kunsthochschulen zu forcieren.

Der Wandel unseres Landes, seine Öffnung nach Westen, seine **Neue Projekte wagen**

chancenreiche Brückenfunktion in Europa selbst, seine guten Perspektiven in der Stadtentwicklung und Stadterneuerung, Kreativität und Ideenreichtum, all dies braucht Freiraum und die Zuarbeit der Kunst, der Kultur, der Architektur, der Wissenschaft.

In dieser Konstellation werden immer wieder Projekte entstehen, vergehen oder realisiert werden.

Wir Sozialdemokraten bekennen uns zu derartigen Entwicklungen und unterstützen in diesem Sinn

- die Absicht, im Rahmen der europäischen Integration grenzüberschreitend mit unseren Nachbarn in Polen und Tschechien Kulturprojekte zu verwirklichen;
- private Museums- und Kunstprojekte, wie etwa das des Buchheimmuseums in Chemnitz;
- den Ausbau des Festspielhauses Hellerau als internationale Begegnungs- und Produktionsstätte;
- die Verlegung der Sächsischen Landesbibliothek in den Dresdner Erlweinspeicher;
- neue Wege in der Denkmalpflege, in dem die Nutzungskonzeptionen für Denkmale planerisch und investiv unterstützt werden.

Vielfalt und Freiheit in den Medien garantieren

Die bisherige Regierung hat den Übergang vom DDR-Staatsfunk in pluralistische, regional vielfältige und bürgernahe Strukturen verhindert. Sachsen braucht Medien, die nicht Parteien, sondern dem Geist von 1989 verpflichtet sind. Es braucht Medien, die durch Vielfalt von Meinungen und sächsische Produzenten geprägt sind.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb

- eine Novellierung des MDR-Staatsvertrages anstreben, um den Einfluß der Politik zugunsten der Beteiligung von Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen zurückzudrängen;
- die Einrichtung eines dreisprachigen Grenzradioprogrammes des MDR mit Sitz in Görlitz anstreben;
- die Installierung eines sorbischsprachigen Programmfensters im MDR-Fernsehen forcieren;
- dem Jugendradio SPUTNIK eine dauerhafte Entwicklungsgarantie als werbefreies Jugendprogramm sichern;
- eine Abgabe der in Sachsen lizenzierten privaten Medienanbieter – in Höhe von 5% ihrer Werbeeinnahmen nach Erreichen ihrer Gewinnschwelle erwirken, mit deren Hilfe nichtkommerzielle Angebote im Bereich der privaten Medien, der sächsischen Film- und Fernsehproduzenten, des Verlags- und Druckgewerbes gefördert werden;
- Initiativen zur redaktionellen Mitbestimmung als Bestandteil der sächsischen Mediengesetzgebung unterstützen.

Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen: Ökologische Weichenstellung für Verkehr, Energie- und Landwirtschaft

Die DDR hat uns mit der immensen Schädigung unserer Gewässer, unserer Böden, der starken Luftverschmutzung sowie dem maroden Zustand der Ver- und Entsorgungseinrichtungen und -anlagen für Wasser und Abfall ein schweres Erbe hinterlassen.

Wir begreifen die Wende auch als ökologische Wende, die uns verpflichtet, vorhandene Schäden zu beheben und vor allem das Entstehen neuer zu vermeiden.

Vom Raubbau an Natur und unserer Gesundheit zeugen die „Mondlandschaften“, die die Braunkohlegewinnung hinterlassen hat, die belasteten bis toten Gewässer, kranke und abgestorbene Wälder, Mülldeponien ohne jegliche Sicherheitsvorkehrungen, Teerseen und die Wismut-Hinterlassenschaften.

Durch den Zusammenbruch der DDR ist aber der öffentlichen Hand auch die Verantwortung für die Sanierung von unzähligen Altlasten, z.B. auf Truppenübungsplätzen und Fabrikgeländen zugefallen.

Eine zusätzliche Belastung für unsere Umwelt bedeuten die veränderten Kauf- und Konsumgewohnheiten einer sich auch in Sachsen entwickelnden Wegwerfgesellschaft, die das ursprüngliche SERO-System durch ein nicht funktionierendes Grüner-Punkt-System (DSD) ersetzt hat.

Durch den industriellen Zusammenbruch und den deshalb zurückgegangenen Energieverbrauch nahm die Belastung unserer Gewässer und der Luft deutlich ab. Gleichzeitig zeigt die Inbetriebnahme von Klärwerken, neuen modernen Heizkraftwerken und die Umstellung auf die Energieträger Gas und Öl erste Erfolge. **Ver- und Entsorgung neu strukturieren**

Die Weichen für neue Strukturen in der Ver- und Entsorgungsstruktur werden z.Z. neu gestellt.

Die Staatsregierung setzt dabei auf zu große, zentrale Deponien und Klärwerke, die ihrerseits z.B. durch unnötige Transportwege wieder Umweltbelastungen bringen.

Wir Sozialdemokraten werden

- dezentrale Einrichtungen, wo immer möglich, in der Abwasser- und Abfallentsorgung favorisieren und ermöglichen.

Dies kann auch dazu beitragen, sich schneller als bisher dem Ziel zu nähern, Abwasser in Sachsen flächendeckend zu klären. Hierbei wird unser besonderes Augenmerk darauf liegen, daß Trink- und Abwasserpreise bezahlbar bleiben.

Abfallvermeidung durchsetzen

In der Abfallpolitik muß aus unserer Sicht in Zukunft

- die Abfallvermeidung konsequent und gleichberechtigt mit Abfallverwertung und -entsorgung gefördert bzw. durchgesetzt werden.

Bereits die Genehmigung und Förderung neuer Betriebsgründungen und -ansiedlungen soll künftig an den Input und Output umweltbelastender Stoffe im Produkt und während des Produktionsprozesses gebunden werden. Wir werden gezielt eine solche nach ökologischen Vorgaben ausgerichtete Produktion und Wirtschaft fördern.

Verantwortlichkeiten zusammenfassen

Wir werden Sorge tragen dafür, daß Abfall, auch Sonderabfall, in Sachsen deponiert wird. Vom Grünen Punkt- oder Dualen System (DSD) werden wir uns bei Übernahme der Regierung trennen, wenn es, worauf einige Entwicklungen hindeuten, nicht von der Bundesregierung funktionsfähig gestaltet werden kann.

Folgende konkrete Maßnahmen werden wir Sozialdemokraten einleiten:

- Die administrative Verantwortung für die Bereiche Umweltschutz, Verkehr und Energie wird in einem Ministerium zusammengefaßt.
- Wenn sich die Verabschiedung eines Bundesbodenschutzgesetzes weiter auf unbestimmte Zeit verzögert, werden wir ein eigenes Landesbodenschutzgesetz vorlegen und verabschieden.
- Gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Bundestag werden wir zur langfristigen Sanierung der Wismut-Hinterlassenschaft ein Uran-Bergbau-Sanierungsgesetz erarbeiten und im Bundestag unterstützen.
- Im Rahmen eines Modellversuches wird von uns erstmals und exemplarisch die komplette Sanierung eines Flusses und seiner Nebenflüsse durch konsequente Klärung aller Direkt- und Indirekteinleitungen initiiert, die der Zschopau und ihrer Nebenflüsse.
- Für die raschere Verwirklichung der flächendeckenden Entsorgung von Abwasser (Kläranlagen) und Abfall (Deponien, Verwertungsanlagen) werden wir Infrastrukturfonds entwerfen, die unter Bindung von staatlichen Mitteln und privatem Kapital den Bau von mehr Einrichtungen in kurzer Zeit erlauben, als dies die jetzt praktizierten Förder- und Subventionsverfahren ermöglichen (siehe hierzu auch das Kapitel: 200.000 zusätzliche Arbeitsplätze für den Aufbau des Landes, Seite 19 ff.).

Die Natur schützen In der Forstwirtschaft wurden bis 1989 artenarme Monokulturen angepflanzt und die Wälder übernutzt, so daß sie heute im Durchschnitt sehr jung sind. Hinzu kommt die große Schädigung des Waldes durch Luftschadstoffe, insbesondere durch Schwefeldioxid aus der Braunkohleverbrennung. Die DDR hat jedoch nicht nur Umweltschäden hinterlassen. Der Grad der Bodenversiegelung ist bei weitem nicht so hoch wie in vergleichbaren westlichen Bundesländern. Und unser größter Reichtum sind die durch ein überzogenes Sicherheitsbedürfnis entstandenen großflächigen, unberührten Biotope. Diesen Biotopen droht Gefahr durch die derzeitige CDU-Politik. Die Planung einer Autobahn durch das Osterzgebirge, zahlreiche Ausgliederungen aus Landschaftsschutzgebieten, das oft planlose Errichten von Gewerbegebieten und Einkaufszentren auf der grünen Wiese sowie ein sehr schwaches Landesnaturschutzgesetz mit weitreichenden Zugeständnissen an ausschließlich wirtschaftliche Interessen gefährden neuerlich unsere intakte Natur und artenreiche Kulturlandschaft.

Wir Sozialdemokraten werden dem Rechnung tragen.

- Die noch von der letzten Volkskammer unter Schutz gestellten Landschaften werden als solche erhalten und, wo möglich, ausgeweitet.
- Auf ehemaligen Truppenübungsplätzen und den Bergbaufolgelandschaften wird Naturschutz Vorrang haben.
- Landesweit werden gesetzlich 15% der Flächen als Vorrangflächen für Naturschutzrechte festgeschrieben.
- Die begonnenen Aufforstungsmaßnahmen werden zu standortgerechten Mischwäldern weitergeführt.

- Der Verbrauch von grünen Wiesen durch Einrichtung von Gewerbegebieten wird nur noch im Ausnahmefall möglich sein. Stattdessen sind die reichlich vorhandenen Industriebrachen zu sanieren und für gewerbliche Zwecke wieder nutzbar zu machen.
- In einer Bundesratsinitiative wird eine Weiterentwicklung und Vereinheitlichung des Bergrechtes angestrebt, um die Ausbeutung von Kies- und Sandgruben und Steinbrüchen ökologisch verantwortlich zu steuern.
- Bei Eingriffen in Natur und Landschaft wird es zu keiner Abschwächung der Ausgleichsvorschriften kommen. Wir werden in diesem Zusammenhang auch das Verbandsklagerecht ohne Einschränkung wieder einführen.

Unser Grundsatz wird sein, Wohnen, Einkaufen, Erholen und Arbeiten sinnvoll aufeinander und ökologisch verträglich abzustimmen, um den negativen Zersiedlungs- und Verkehrstrends entgegenzuwirken. In diesem Sinne werden Sozialdemokraten auch eine verbindlichere Raumordnungspolitik praktizieren.

Sachsen ist durch ein dichtes Schienen- und Straßennetz voll erschlossen. Der Verkehr ist bei Abgasen wie CO, NOx und organischen Verbindungen der mit Abstand größte Luftverschmutzer. Besonders problematisch ist der drastische Anstieg der NOx-Emissionen. Die massenhafte Zunahme des motorisierten Individualverkehrs läßt bisherige Konzepte ins Leere laufen. Raumordnerische Planungen und Lebensgewohnheiten sind nach wie vor auf die Autobenutzung fixiert. Der Straßenverkehr wird bis heute mit deutlich größerer Energie vorangetrieben als die Modernisierung des Schienenverkehrs.

Der Schiene Vorrang vor der Straße einräumen

Wir Sozialdemokraten werden mit Blick auf die Verantwortung für die Zukunft unserer Umwelt und unserer Lebensgrundlagen exemplarisch dafür sorgen, daß die Schiene Vorrang vor der Straße hat. Dabei berücksichtigen wir, daß der Verkehr in Nah- und Fernverkehr, im Personen- wie Güterverkehr ein System verschiedener Verkehrsträger darstellt, dessen strukturelle Veränderung verbindliche Abstimmung aller Verkehrsträger verlangt.

Sozialdemokratische Regierungspolitik heißt:

- Keinen Neubau der Autobahnen A 13 und A 83. Stattdessen wird der Erzgebirgsverkehr auf mehrere vorhandene Fernstraßen (B 178, B 174) und gegebenenfalls eine neue Bundesfernstraße im Freiburger Raum aufgeteilt. Stattdessen werden wir den Ausbau von Straßen, insbesondere von Stadtumgehungen und, wo notwendig, die Zubringerverbindungen zu bestehenden Autobahnen vorantreiben. Dies gilt auch für den Ausbau der B 169 zwischen Hainichen und Döbeln zur Verbindung der beiden vorhandenen Autobahnen.
- Wir treten ein für ein Tempo-limit von 120 km/h auf sächsischen Autobahnen, sowie Tempo-30-Zonen in Wohngebieten.
- Wir werden das Projekt der Rollenden Landstraße in Nord-Süd- sowie West-Ost-Richtung mit einem qualifizierten Verladeterminale am Nossener Dreieck praktisch realisieren und dafür die notwendigen Vorkehrungen im Haushalt treffen.
- Im Zuge der Bahnreform und der damit verbundenen Regionalisierung der Bahn steht die Verabschiedung eines ÖPNV-Gesetzes, mit dem wir die Verkehrsverlagerung auf die Schiene festschreiben wollen.

- In den Großstädten und Ballungsgebieten werden wir durch Umschichtungen im Landeshaushalt die Entwicklung und Installierung leistungsfähiger ÖPNV-Systeme mit Druck zielgerichtet fördern und vorantreiben.
- Wir werden uns in Bonn dafür nachhaltig engagieren, daß Sachsen verbindlich in das europäische IC-Netz einbezogen wird.
- Wir werden darauf hinwirken, daß die „Sachsenmagistrale“ (Nürnberg-Plauen-Zwickau-Chemnitz-Dresden-Görlitz) beschleunigt ausgebaut und in ihrer Technik sowie Anbindung weiter optimiert wird.
- Wir favorisieren große internationale Ost-West- und Nord-Süd-Hochgeschwindigkeitsstrecken der Eisenbahn. Insbesondere den Bau mit einer Strecke Berlin-Dresden-Prag-Wien/Budapest werden wir grenzübergreifend verfolgen und unterstützen.
- Die Qualität und Leistungsfähigkeit unserer Flughäfen werden wir weiter verbessern. Der Dresdner Flughafen wird modernisiert, der Leipziger ausgebaut. Beide müssen an das Schienennetz angebunden werden.
- Die Elbe wird nicht ausgebaut. Die Erhaltung der Elbland-schaft hat Vorrang vor ganzjährigem Gütertransport und Tourismusverkehr. Eine Verlängerung der jetzt möglichen Zeiten, in denen die Elbe beschiffbar ist, kann mit Niedrigwasserschiffen erreicht werden.

Mit dem Stromvertrag hat auch Sachsen nahezu die komplette westliche Erzeugungs- und Verteilungsstruktur der Energiewirtschaft übernommen. Sie ist für eine dezentrale Energiever-

Die Energieversorgung optimieren

sorgung mit kleineren Anlagen auf der Basis regenerativer Energien ungeeignet. Langfristig bieten jedoch nur diese Energieformen eine echte Chance zum ökologiegerechten Wirtschaften auf unserem Globus.

Zum Einstieg in das Solarzeitalter benötigen wir deshalb ein behutsames, aber konsequentes Umlenken der gesamten Energieversorgung auf kleinere, dezentrale Strukturen.

Auch wenn sich der Energiemix (Kohle, Gas, Öl, regenerative Energien) deutlich von dem hohen Braunkohleanteil wegbewegen wird, setzen wir noch für eine Kraftwerksgeneration auf diesen heimischen Rohstoff.

Wir befürworten die Gründung von Stadtwerken in sächsischen Städten, wo dies gewünscht wird und wirtschaftlich ist. Dabei fördern wir den Einsatz von Braunkohle-Staub in stadtwerkeseigenen Heizkraftwerken. Den Import von Elektroenergie lehnen wir zugunsten der Braunkohleverstromung ab. Unser Verhandlungsziel wird es sein, in der Region Sachsen, Polen und Tschechien zu einvernehmlichen Lösungen bei der Energieerzeugung und beim Umweltschutz zu kommen.

Wir Sozialdemokraten

- beabsichtigen, eine Beteiligung des Freistaates an allen noch nicht verkauften Energieanlagen einschließlich des Braunkohle-Bergbaus einzugehen.
- stehen zu dem Umbau von zwei Großkraftwerken mit je 2 x 800 MW in Boxberg und Lippendorf.
- werden ein umfangreiches Forschungs- und Anwendungsprogramm auflegen, mit dessen Hilfe die Forschung und Anwendung regenerativer Energien vorangetrieben, die Braunkohleverbrennung optimiert, Energieeinsparungsmethoden und -instrumente entwickelt, erprobt und eingeführt werden können.

Unser Ziel ist eine im Rahmen der Europäischen Union wettbewerbsfähige sächsische Landwirtschaft, die gesunde Nahrungsmittel ökologisch verträglich produziert und wichtige Beiträge zur Erhaltung der Natur- und Kulturlandschaft leistet.

Moderne Agrarpolitik muß stärker in die Politik für den ländlichen Raum eingebettet sein.

In den ländlichen Regionen Sachsens war neben einer monostrukturierten und heute schrumpfenden Industrie die Landwirtschaft nahezu das alleinbestimmende Element. Mit Übernahme des Agrarsystems der Europäischen Union und der Agrarordnung der westlichen Bundesländer stehen gerade diese Regionen in einem dramatischen Umstrukturierungsprozeß.

Eine weitere Abwanderung der Menschen würde in den ohnehin dünnbesiedelten Gegenden in nächster Zukunft die soziale Infrastruktur stark gefährden. Wir wollen die Entwicklung des ländlichen Raumes nachhaltig fördern. Dafür ist eine deutlich bessere Koordination der Landwirtschaftspolitik mit der Umwelt- und Wirtschaftspolitik sowie der Sozialpolitik und den Kommunalinteressen nötig.

Während auf den guten Böden eine unternehmerische Landwirtschaft erfolgreich stattfinden wird, wollen wir verstärkt in den benachteiligten Regionen eine Umstellung auf extensive Bewirtschaftungsweisen initiieren und fördern. Nur so lassen sich langfristig die Überschüsse verringern, Böden und Wasser im ländlichen Raum schützen und mehr Arbeitsplätze sichern.

Fördermittel gezielt einsetzen

Wir werden die Chancengleichheit aller Rechtsformen landwirtschaftlicher Betriebe sichern, weil eine große Vielfalt an Betriebsformen auch eine flexible Anpassung an Marktveränderungen ermöglicht. Landwirte sollen auch in Zukunft in erster Linie marktorientierte Produzenten sein, in zweiter Linie Dienstleister.

Wir Sozialdemokraten werden

- den integrierten Landbau, umweltgerechte Landwirtschaft und ökologischen Landbau fördern und damit insbesondere eine Kreislaufwirtschaft mit regionalem Bezug stärken.

In diesem Sinne treten wir dafür ein, daß die vorhandenen Fördermittel (insbesondere die Anpassungshilfen) anstelle des praktizierten Gießkannenprinzips gezielt für investive Zwecke eingesetzt werden.

Sozialdemokraten werden deshalb

- mit Förderprogrammen die Viehbestände wieder erhöhen und die Milchqualität den Anforderungen der EU angleichen;
- einer drohenden Monopolisierung der Verarbeitungsstrukturen (Milch, Fleisch, etc.) entgegenwirken, um eine erzeuger- und verbraucherfreundliche dezentrale Struktur zu erreichen;
- den Aufbau moderner und regionaler Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in den Bereichen Obst- und Gemüseproduktion erleichtern, alternative Erwerbsmöglichkeiten im ländlichen Raum schaffen. Sowohl für die in der Landwirtschaft Erwerbstätigen als auch für die Arbeitslosen im ländlichen Raum muß die Kombina-

tion aus Nahrungs- und Rohstoffproduktion in der Landwirtschaft, Kulturlandschaftspflege und Vertragsnaturschutz sowie sanfter Tourismus bisherige Einkommensquellen sichern und neue erschließen.

Nach dem Regierungswechsel in Bonn werden wir uns massiv einsetzen für

- eine Bereinigung der Altschuldenfrage, um der Kapitalknappheit der Betriebe langfristig entgegenzuwirken;
- die Sicherung der Produktionsgrundlage Boden durch langfristige Verpachtung und Verkauf der Treuhandflächen, bevorzugt an hier ansässige landwirtschaftliche Betriebe aller Rechtsformen. Die Vergabe muß auf der Grundlage von Betriebskonzepten und nachgewiesener Qualifikation erfolgen.

Bei der Entwicklung **Tourismus** einer Tourismusinfrastruktur außerhalb der **weiter fördern** Großstädte wollen wir nicht auf halber Strecke stehen bleiben. Sachsen weist Regionen auf, die große Chancen haben, sich als attraktive Naherholungsgebiete, aber auch als Tourismusorte zu etablieren und gerade im „sanften Tourismus“ neue Wege gehen. Der Tourismus ist schon heute in unseren ländlichen Gebieten ein Wirtschaftszweig und Arbeitsmarkt, den wir durch kontinuierliche Förderung, die für die Beteiligten berechenbar ist, weiter qualifizieren und stabilisieren werden.

Unsere Chance mitten in Europa: Wir bauen Brücken über die Grenzen hinweg

Integration fordert in erster Linie Akzeptanz des Anderen. Integration in Deutschland bedeutet, unsere westdeutschen Landsleute anzunehmen, auch ihre veränderte Situation nach 1989 zu begreifen. Integration in Europa meint: Westliches Denken und Handeln verstehen und lernen, östliche Nachbarn als gleichberechtigte Partner zu empfinden und zu bestätigen. Integration in unserem eigenen Land Sachsen heißt, die Vergangenheit konsequent und transparent aufzuarbeiten, uns selbst zu hinterfragen, zu unserer eigenen Vergangenheit zu stehen, die Brüche auch hier bei uns in Sachsen zu benennen und zu überwinden. Und Integration heißt auch, Politik nicht zugunsten des Starken auszulegen, sondern an den Möglichkeiten und Fähigkeiten der Schwächeren zu orientieren.

In diesem Sinn zieht sich für uns Sozialdemokraten die Integrationsverpflichtung wie ein roter Faden durch alle Politikfelder. Konfrontation vernichtet Chancen und Freiräume, die wir in Sachsen für den Umbau unserer Gesellschaft ganz besonders benötigen. Integration schafft sie.

**Durch Integration
neue Möglich-
keiten eröffnen**

Mit der Wiedervereinigung sind wir Sachsen Mitglieder der Europäischen Union (EU) geworden. An unseren Grenzen zu Polen und Tschechien endet derzeit der Wirkungsbereich der Europäischen Union und der NATO, stoßen unterschiedliche Wirtschaftssysteme aneinander, treffen sich Regionen mit enormen Wohlstands- und Lohn-differenzen.

Sachsen liegt mit Böhmen und Schlesien sozusagen im Herzen Europas. Wir Sozialdemokraten sehen dies als Verpflichtung und Chance zugleich.

**Sachsen, Böhmen
und Schlesien
gemeinsam
entwickeln**

Als Mitgliedsland in der Europäischen Union und mit der Anerkennung als sogenanntes Ziel-1-Gebiet der Europäischen Union erhalten wir in der Zeit von 1994 bis 1999 etwa sieben Milliarden Mark aus den Strukturförderfonds der Europäischen Union. Mit diesen Mitteln werden wir die Wirtschafts- und Infrastruktur unseres Landes aufbauen und Wohlstand schaffen.

Wir dürfen nicht zulassen, daß mit dieser Entwicklung eine "Wohlstandsgrenze" an der Neiße und am Erzgebirgskamm entsteht.

Unsere Aufgabe ist es, Brücken zu bauen. Wir verstehen Sachsen, Tschechien und Polen als eine zentral-europäische Kernregion – als eine „Goldene Region“, die ihren bis jetzt erworbenen Ruf als durch Kohleabbau und Energieerzeugung höchst belastete Region („Schwarzes Dreieck“) verliert.

Tradition, Geschichte und gemeinsame Erfahrungen sowie die aktuellen Bedingungen in Ost und West erlauben die Überzeugung, daß unsere Region beim Aufbau eines vereinten Europas eine bedeutsame Rolle spielen kann und wird.

Abgestimmte Strategien für den Wirtschaftsraum

Wir müssen nach Westen denken und handeln, um uns selbst in die Europäische Union zu integrieren.

Dies fällt nicht allen von uns leicht, weil wir erfahren, daß dies nicht nur durch positive Erlebnisse begleitet wird. Aber wir wollen auch (wieder) nach Osten denken und handeln. Auch dabei gibt es innere Barrieren und negative Erfahrungen aus den vergangenen 45 Jahren zu überwinden.

Gelingt uns beides, dann hat Sachsen als Eckpfeiler dieser „Goldenen Region“ eine glänzende Zukunft.

Mit Blick auf diese Zukunft werden wir Sozialdemokraten

- Sachsen als Bestandteil des zentraleuropäischen Wirtschaftsraumes mit Tschechien und Polen definieren;
- für diesen Wirtschaftsraum eine Strategie zusammen mit Polen und Tschechien entwickeln, die internationale Förderprogramme und Investitionen für diesen Großstandort attraktiv macht;
- gemeinsam mit Polen und Tschechien strategische Projekte entwickeln, die uns allen nützen, etwa die kooperative Stabilisierung unserer gemeinsamen Zukunftstechnologie Schiene, technologie- und gründerorientierte Zentren für kleine Unternehmen oder gemeinsame Konzeptionen zur langfristigen Energieerzeugung;
- für die Einrichtung eines internationalen Forschungs- und Kommunikationszentrums werben, das die Geschichte, die Auswirkungen und die alternativen Entwicklungskonzepte nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation in allen Lebens- und Politikbereichen untersucht und veröffentlicht;
- unter Nutzung des neuen Förderprogramms der Europäischen Union grenzüberschreitende Projekte installieren, die neben der Wirtschafts- und Tourismusentwicklung den Austausch und die Intensivierung der Beziehungen zu unseren Nachbarn auf den Gebieten der Kultur, des Sports, aber auch der Forschung, der Ausbildung sowie der Gesundheit und Prävention umfassen;
- unsere Grenze zu Polen und Tschechien so öffnen, daß durch eine Vielzahl von Grenzübergängen umfassende Zusammenarbeit erleichtert wird;



- für eine Anbindung an das transeuropäische Verkehrsnetz sorgen, gemeinsam mit Polen und Tschechien Projekte bevorzugt für Hochgeschwindigkeitsstrecken der Eisenbahn planen;
- die Beziehungen zwischen Partnerstädten in Sachsen, Polen und Tschechien aktivieren;
- unsere sächsischen Interessen als Region in der Administration der Europäischen Union besser und wirkungsvoller als bisher koordinieren und durchsetzen;
- die Fördermittel des Europäischen Regionalfonds (ERDF) von der bisher bestehenden Bindung an die Richtlinien der Gemeinschaftsaufgabe (GA) – und damit von der Wirtschaftsförderung Bonns – befreien und so weit flexibler als jetzt für wichtige Zukunftsaufgaben Sachsens (z.B. Technologie- und Forschungsförderung) einsetzen.



Sorgsamer Umgang mit dem Geld der Bürger: Solide Haus- haltsführung für die Entwicklung des Freistaates

Unsere Finanzpolitik wird bestimmt sein von verantwortlicher Sparsamkeit und der kreativen Suche nach intelligenten Wegen und Konstruktionen, die

- vorhandene Mittel bündeln, existierende Finanzquellen so verknüpfen, daß durch ihr Zusammenwirken ein noch höherer Nutzeffekt erreicht wird;
- konsumptive Ausgaben zu solchen mit investiven Wirkungen umwandeln;
- die Erschließung zusätzlicher Mittel erlauben.

Unsere Mittel sind knapp. Knappe Mittel mit der Gießkanne – wie z.Z. in der Wirtschaftsförderung – über das Land zu streuen, heißt, sie zu vergeuden.

**Die Mittel auf
das Wesentliche
konzentrieren**

Sie nur in Groß- und Mega-Projekten einzusetzen, bedeutet die Vernachlässigung vorhandener brachliegender Ressourcen.

Wir werden unsere Mittel konzentrieren auf Projekte in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, in denen sie branchen- und regionenorientiert sichtbare Wirkung für viele Unternehmen entwickeln können.

Wir werden keine inflationäre Schuldenpolitik betreiben. Was wir uns leisten können, wird in einer verantwortbaren Relation zur Aufnahme neuer Kredite stehen.

Auf die Zukunft unserer Kinder hin Geld zu pumpen, denn sie müssen diese Schulden bezahlen, ist nur dort zu verantworten, wo diese Investitionen für unsere Kinder einen erkennbaren Ertrag abwerfen, also Zins und Tilgung selbst erwirtschaften. Und dies sind Investitionen in ihre Schul- und Berufsbildung, in zukunftssichere innovative Arbeitsplätze und eine moderne wirtschaftsnahe Infrastruktur.

Dabei muß nicht überall heute schon der höchste Weststandard

erfüllt sein. Die Reparatur einer Straße kann bis übermorgen warten, wenn heute stattdessen 100 Arbeitsplätze in einem neuen produzierenden Betrieb oder in der anwendungsorientierten Forschung mitfinanziert werden können.

Intelligente Finanzierungen erschließen

Wenn jedes Ministerium, jede Abteilung, jedes Referat sein Geld einseitig mit Scheuklappen und eifersüchtig nur auf die eigene Profilierung achtend ausgibt, verzichten wir auf die viel größere Wirkung, die eintritt, wenn wir die Mittel zusammenführen, intelligent verknüpfen und so mit weit größerer Wirkung ausgeben.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb

in allen investiven Ausgabenbereichen

- Fondslösungen suchen und finden,

in denen Projekte ressortübergreifend gefördert werden können.

Dies gilt beispielsweise für die Sanierung und Wiedernutzbarmachung von Gebäuden, Umwelt und vor allem von Industriebrachen. Dies trifft ebenso auf die Technologie- und Forschungsförderung oder auf die Existenzgründungen zu. Ein ähnlicher Weg wird von uns bei der Erschließung neuer Finanzquellen besprochen werden.

Wir werden

- unter Einlage öffentlicher Mittel Infrastrukturfonds unter Einbindung privaten Kapitals für die Versorgungsbereiche entwickeln und initiieren, in denen schon heute über staatlich kontrollierte Gebühren eine kontinuierliche Refinanzierung möglich ist (z.B. Wasser-/

Abwasser- und Entsorgung, Abfallentsorgung etc.).

Durch die intelligente Einbindung reichlich vorhandenen privaten Kapitals ist es möglich, aus unserer einen Steuermark mehr zu machen, ohne unseren öffentlichen Fürsorgeauftrag zu verletzen.

- Wir werden Strategien entwickeln, die den sächsisch-polnisch-tschechischen Wirtschaftsraum zu einem europäisch bedeutsamen Investitionsstandort werden lassen, der stärker als bisher grenzüberschreitend für internationale Finanzierungsprogramme und -instrumente attraktiv wird (z.B. der Europäischen Investitionsbank, der Ost-Europa-Bank, der Weltbank, der G7-Finanzierung etc.).

Umverteilung von Finanzmitteln neu definieren

Der Finanzierungsbedarf für die Sanierung und den Aufbau Sachsens zu einem gleichberechtigten Bundesland ist immer noch nicht exakt bestimmbar. Klar ist jedoch, daß seine Deckung in den nächsten 20 Jahren nicht aus eigener Kraft möglich ist.

Wir brauchen aus dem innerdeutschen Solidarpakt und aus dem Förderungssystem der EG für den investiven Nachholbedarf wahrscheinlich mehr Hilfen, als sie der ab 1995 gültige Länderfinanzausgleich und die EG-Programme bis 1997/99 einräumen.

Die gerechte Finanzierung der bundesstaatlichen Ordnung wird deshalb ein Thema sein, das wir mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen.

Sachsens Stärke, Sachsens Zukunft: Perspektiven für Frauen, junge Menschen und Familien

Frauen tragen die Hauptlast des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels seit 1989. Sie sind dabei bisher allein gelassen und mit bloßen Worten abgespeist worden. Zwei Drittel der als arbeitssuchend Gemeldeten sind Frauen. Ihre Berücksichtigung in beruflichen Fort- und Weiterbildungsprogrammen nimmt ab. Es findet eine systematische Dequalifizierung statt. Die Zahl der alleinerziehenden Mütter nimmt zu.

Frauen und Mütter werden an den Herd gestellt, erziehen ihre Kinder und versorgen den Mann. Diese konservative frauenfeindliche Philosophie können wir Sozialdemokraten nicht akzeptieren.

Wir werden Rahmenbedingungen schaffen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Ziel unserer Politik ist die Integration bzw. Reintegration von Frauen in allen Lebens-, Gestaltungs- und Versorgungsbereichen. Dies gilt besonders für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen für Frauen, deren Beschäftigungsquote inzwischen unter 40% gefallen ist.

Unser Engagement wird nachprüfbar sein!

**Den Frauen
bessere Chancen
eröffnen**

Wir wollen

- die Verantwortung für Frauenpolitik in einem Ministerium zusammenführen;
- den Rechtsanspruch auf Hortbetreuung von Kindern berufstätiger Mütter (und Väter) durch Novellierung des Kindertagesstättengesetzes fixieren;
- ein sächsisches Frauenförderungsgesetz durchsetzen, die Rechte von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten stärken;
- ein ergänzendes Gesetz zur Förderung der Berufstätigkeit von Frauen entwickeln, das z.B. die Vergabe öffentlicher Aufträge und Fördermittel an Frauenförderung koppelt.

Junge Familien stärken

Der Familienlastenausgleich funktioniert nicht. Familien mit Kindern sind eindeutig benachteiligt. Wir Sozialdemokraten werden nach dem Regierungswechsel in Bonn unsere Vertreter im Bundestag engagiert unterstützen, diese Ungerechtigkeiten zugunsten unserer Familien zu beseitigen, vor allem durch ein sozialgerechtes Kindergeld. Wir begrüßen den Vorschlag im Wahlprogramm von Rudolf Scharping, 250 DM Kindergeld für jedes Kind zu zahlen.

„Familienarbeit“ von Müttern und Vätern etwa im Rahmen flexibler beruflicher Arbeitszeiten muß honoriert und nicht zusätzlich etwa durch geringere Rentenansprüche bestraft werden.

Auf Landesebene werden wir unsere jungen Familien fördern durch

- ein einmaliges Kindergeld von 1.000 DM bei Geburt eines Kindes;
- ein Förderprogramm zur Schaffung von Wohnraum für junge Familien (Bau-Kindergeld);
- ihre besondere Berücksichtigung bei der Vergabe von Sozialwohnungen.

Kindertagesstätten mit guter Qualität flächendeckend zur Verfügung stellen

Bezogen auf das Jahr 1988 hat sich bis heute die Zahl der Geburten in Sachsen halbiert. Verursacht durch die Abwanderung junger Menschen aus der DDR, mitgetragen von einer deutlichen Erhöhung des Alters der Mütter bei der Geburt ihres ersten Kindes (von 21 Jahren auf 27/28 Jahre) und schlechten wirtschaftlichen Aussichten kommen immer weniger Sachsen auf die Welt. Der Trend ist weiter rückläufig.

Die geringe Zahl von Neugeborenen hat enorme Auswirkungen auf den Auftrag verschiedener öffentlicher Erziehungs- und Versorgungseinrichtungen: die Krippe, den Kindergarten, die Grundschule, die Mittelschule, den Hort, das Gymnasium und später auf die Hochschulen.

Dieser Geburtenknick wird im nächsten Jahrhundert nicht ohne gravierende Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und unser Landeseinkommen bleiben.

Als erste Institution ist die Kindertagesstätte mit ihrem Personal betroffen. Der Geburtenrückgang hat schon jetzt zu einem umfangreichen Abbau von Kindertagesstätten geführt.

Wir Sozialdemokraten werden

- nach Wegen suchen, trotzdem die Erreichbarkeit des großmaschigen Netzes von Kita's für Kinder und Eltern sicherzustellen;
- Sorge dafür tragen, daß den freiwerdenden ErzieherInnen Umschulungsprogramme angeboten werden, in denen sie sich auf Tätigkeiten in der Freizeitpädagogik und vor allem der Pflege älterer Menschen vorbereiten können (mit der Pflegeversicherung entstehen auch in Sachsen tausende neuer Arbeitsplätze);
- Hilfen bereitstellen, die es den ErzieherInnen erleichtern, angebotene Arbeitsplätze in westdeutschen Städten anzunehmen, in denen ErzieherInnen bereits jetzt und noch weit mehr in der Zukunft (bundesweite Einführung des Rechtes auf einen Kindergartenplatz) gebraucht werden.

Die Jugend durch attraktive Angebote an Sachsen binden

Wir müssen die gegenwärtige Politik beenden, die unsere Jugend aus dem Lande treibt. Die Desorientierung in der eigenen Familie, die Umorientierung der Schule, das Desaster auf dem Berufsausbildungs- und dem Arbeitsmarkt, der fast ersatzlose Wegfall von Freizeitangeboten – all dies sind Faktoren, die auf das Leben und die Orientierung von Kindern und Jugendlichen in Sachsen enorme negative Auswirkungen haben. Parallel zu den dargestellten Veränderungsprozessen entstehen Probleme durch die fast übergangslose Integration in die westdeutsche Jugendkultur, auch wächst die Gefährdung durch den Mißbrauch von Alkohol, Drogen, Video, u.a. Wesentliche Bedeutung für Jugendliche hat die Ausgestaltung der Freizeit. Die Förderung von Eigeninitiative und Eigenverantwortung hat hier Priorität.

Wir brauchen unsere Kinder und jungen Menschen, sie sind die Zukunft unseres Landes und sie brauchen eine ihnen gerechte Jugendpolitik jetzt, nicht wenn es zu spät ist und eine Jugendrückholpolitik nötig wird.

Wir Sozialdemokraten werden deshalb

- die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen in allen Politik- und Versorgungsfeldern weit stärker berücksichtigen als es die gegenwärtige Staatsregierung tut;
- die berufliche Ausbildung qualitativ und quantitativ verbessern (siehe auch Kapitel: Berufliche Ausbildung in Sachsen verbessern, Seite 23);
- Konzepte vorantreiben und Hilfen bieten, die die Schule auch als Freizeitort öffnet;
- autonome und von Verbänden getragene Jugendfreizeitangebote intensiv weiterfördern und

dabei die Chancengleichheit der verschiedenen Träger der Jugendhilfe gewährleisten;

- Freizeitpädagogik als vorrangiges Umschulungs- und Tätigkeitsfeld entwickeln;
- die Jugend- und Freizeitarbeit institutionell, räumlich und organisatorisch bevorzugt in Neubauansiedlungen materiell und personell verstärken;
- gezielte Programme zur Förderung von Mädchen einrichten;
- die Kompetenzen der verschiedenen Landesinstitutionen für Jugend verbindlich klären und konzentrieren.

Wir sind stolz auf die überproportional große Zahl von sächsischen Olympiateilnehmern und Medaillenträgern. Sie sind ein Beleg dafür, daß der Spitzensport trotz widriger Umstände sein Leistungsniveau halten konnte.

Den Sport in Sachsen konsequent fördern

Über 400.000 Mitglieder des Landessportbundes zeugen davon, daß der Breitensport in Sachsen sich in einem dynamischen Aufbau befindet, inzwischen die mit Abstand größte organisierte Bewegung im Lande darstellt.

Schul-, Breiten-, Behinderten- und Spitzensport bilden eine sich gegenseitig befördernde Einheit. Sportliche Betätigung ist ein wichtiger Bestandteil moderner menschlicher Kultur und muß jedem offen stehen, unabhängig von sozialer Stellung, Geschlecht oder ethnischer Herkunft.

Deshalb werden wir unseren Beitrag dazu leisten,

- daß die Olympiastützpunkte in Sachsen erhalten bleiben;
- daß die Sportgymnasien in Chemnitz, Dresden und Leipzig ihre Arbeit effektiv fortsetzen können;
- daß Leipzig wieder seine Funktion als Zentrum des Leistungssports und der Sportforschung aktivieren kann;
- daß durch den Bund eine Neuauflage des „Goldenen Plans“ zum Bau von Sportplätzen erfolgt;
- daß öffentliche Mittel in die Sanierung und Wiederherstellung von Sportstätten fließen.